Ausgabe A

Einzelpreis 10 Pf.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis: Die 16gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Reichspfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Reichspfennige — Für komplizierten Satz Aufschlag — Reklamepreis: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 50 Reichspfennige.

Organ der KPD., Bezirk Schlesien

Bezugspreis: Im Abonnement bei wöchentlich 6maligem Erscheinen frei ins Haus monatlich 2.20 Reichsmark wöchentlich 50 Pfennige. Einzelnummern durch Straßenhändler und Kioske 10 Reichspfennige. — Redaktion und Expedition Trebnitzer Straße 50. Postscheckkonto Breslau 644. Fernsprecher Breslau Ring 6617.

7. Jahrgang. Montag, 16. März 1925 Nummer 57

Nach Halle - Neukölln

Neuer Arbeitermord

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 16. März.

Als **Protest gegen den** Arbeitermord in Halle fanden am Sonntag mittag auf dem Bülowplatz wuchtige Demonstrationen der Berliner Arbeiterschaft statt, an denen selbst nach bürgerlichen Meldungen über 20 000 Arbeiter teilnahmen. Nach der Demonstration am Bülowplatz zogen die Arbeiter nach dem Friedhof der Märzgefallenen. Bei Auflösung der Demonstration der KPD. und des Roten Frontkämpferbundes ereignete sich in Neukölln ein Zwischenfall, der von Polizeispitzeln provoziert worden war. **Ein Arbeiter wurde von einem Achtgroschenjungen grundlos über den Haufen geschossen.** Die Arbeitersamariter versuchten dem Schwerverletzten die erste Hilfe zu bringen, wurden aber hierbei von den Schupobeamten mit Gewalt verhindert. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verblutete infolgedessen der schwerverletzte Arbeiter. Unter der Berliner Arbeiterschaft herrscht über diese schamlose Provokation ungeheure Erregung.

Massendemonstrationen gegen den Arbeitermord in Halle.

(Eigener Drahtbericht.)

Halle, 16. März.

Gestern fanden hier überfüllte Massenversammlungen der Haller Arbeiter statt, an die sich Demonstrationen anschlossen. Ueber 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen protestierten gegen den infamen Meuchelmord am Freitag. Unter den Demonstranten befanden sich zahlreiche Verletzte. Die Regierung hatte umfangreiche Vorbereitungen getroffen. Zwei Eskadrons Reichswehrulanen aus Stendal waren nach Halle gezogen worden und standen dort in Bereitschaft gegen die Arbeiterschaft.

Polizeipräsident Runge für die Arbeitermörder.

(Eigener Drahtbericht.)

Halle, 16. März.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Runge hat das Verhalten der Polizei in der Freitagversammlung nicht nur gerechtfertigt und gebilligt, sondern geht dazu über, einige anständige Polizeibeamte, die sich an dem Arbeitermord nicht beteiligten, zu maßregeln. Zwei Schupobeamte, die auf die Versammelten nicht geschossen haben, sind von Herrn Runge fristlos entlassen worden.

Berliner Eisenbahner gegen den Schiedsspruch.

Für sofortige Proklamierung des Generalstreiks.

Berlin, 16. März.

Hier fanden gestern überfüllte Versammlungen des DEV. statt, in denen einstimmig eine Resolution angenommen wurde, die die Weiterführung des Kampfes um die Einführung des Achtstundentages und menschenwürdige Löhne fordert. Der Schiedsspruch wird nicht anerkannt. Gegen einige Stimmen wurde ferner eine Resolution angenommen, welche die sofortige Proklamierung des Generalstreiks fordert. Einstimmig dagegen wurde eine Resolution angenommen, die die Herstellung einer gewerkschaftlichen Einheit für alle Eisenbahnarbeiter fordert. Es wurde sofort eine Kommission gebildet, die mit den am Streik beteiligten kleineren Eisenbahnergruppen die dem DEV. noch nicht angehören, in Verbindung treten sollen. Einstimmig wurde ferner eine Protestresolution gegen den Haller Arbeitermord angenommen. Der größte Teil der Versammelten beteiligte sich dann an den Kundgebungen der KPD. gegen den Arbeitermord.

Auch die sächsischen Arbeiter gegen den Schiedsspruch.

Dresden, 16. März.

Hier fand eine Konferenz der Streikleitungen der sächsischen Eisenbahnarbeiter statt, die einstimmig den Schiedsspruch ablehnte.

Wuchtige Versammlungen in Hamburg.

Hamburg, 16. März.

Zur Präsidentenwahl fanden hier zwei überfüllte Versammlungen statt, an die sich Demonstrationen anschlossen. In beiden Versammlungen sprachen mehrere ausländische Genossen unter stürmischer Zustimmung der Versammelten.

Hungerstreik der politischen Gefangenen in Hamburg

Hamburg, 16. März.

70 politische Gefangene der Festung Fuhlsbüttel sind am Sonnabend mittag in den Hungerstreik getreten, weil ihnen seit Eberts Tod jeder Urlaub gesperrt worden ist.

Braun oder Thälmann.

e. g. Breslau, 14. März.

Warum haben die Sozialdemokraten Otto Braun, den sozialdemokratischen ehemaligen Ministerpräsidenten aufgestellt? Die Sozialdemokraten wissen doch sehr genau, daß Otto Braun niemals die nötige Stimmenzahl, die er zu seiner Wahl braucht, auf sich vereinigen wird. Wollen die Sozialdemokraten, die doch sonst geschickte Koalitionspolitiker sind, bei dieser Wahl zur höchsten Stelle der deutschen Republik eine leere Demonstration veranstalten? Oder wollen die Sozialdemokraten ein Scheinmanöver, einen Betrug an den Arbeitern begehen? Das „Berliner Tageblatt" vom 11. März druckt eine Zuschrift eines führenden Sozialdemokraten in dieser Frage ab.

Da heißt es:

„Es kann kein Zweifel bestehen, daß es frischer Wind in die Segel des Kommunismus geweht wäre, wenn die Sozialdemokraten jeden Anspruch auf das Erbe Friedrich Eberts ohne weiteres preisgegeben hätten."

Also Braun wird darum aufgestellt, weil man nicht ohne weiteres den Arbeitern sagen will, daß die Zeiten der Sozialdemokratie vorbei sind. Die sozialdemokratischen Führer wissen, daß ihre Positionen im Staatsapparat endgültig dahin sind. Braun wird im ersten Wahlgang aufgestellt, damit die Arbeiter noch in irgend einer Form an die Existenzberechtigung der Sozialdemokratie glauben sollen. Im zweiten Wahlgang soll dann den sozialdemokratischen Wählern eingeredet werden, daß es für sie nichts anderes gibt als einen bürgerlichen Kandidaten zu wählen. Am Schluß der Zuschrift des Sozialdemokraten im „Berliner Tageblatt" heißt es: „Es gilt jetzt mit Geduld und gegenseitigem Sichverstehen den Weg zu finden, der von dem gemeinsamen Wunsch zur gemeinsamen Tat und zum gemeinsamen Erfolg führt."

Braun wird also darum aufgestellt, damit Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten zum gemeinsamen Erfolg kommen sollen. Wer Braun wählt, wählt nicht den Sozialdemokraten Braun, sondern wählt einen Vertreter des Bürgertums. Die Sozialdemokraten, die viel stärker sind als Demokraten und Zentrum zusammen, müssen die Arbeiter täuschen, damit dann doch ein bürgerlicher Kandidat gewählt wird.

Der gemeinsame Wunsch des schwarz-rot-goldenen Blocks ist es, dem Kommunismus den Wind aus dem Segel zu nehmen. Die gemeinsame Tat des schwarz-rot-goldenen Blocks ist die Niederknebelung der Arbeiterklasse, der gemeinsame Erfolg des schwarz-rot-goldenen Blocks ist die stabilisierte Ausbeutung für ewige Zeiten.

Wer Otto Braun wählt, wählt bürgerlich, denn schon heute steht fest, daß die Sozialdemokraten ihre Parolen ändern werden, um im zweiten Wahlgang zu sagen, wählt Zentrum oder Demokrat. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen das verhängnisvolle Doppelspiel ihrer Führer durchschauen.

Der rote Kandidat ist Ernst Thälmann. Die Stimmen die für ihn abgegeben werden, sind die Stimmen, die für die Arbeiterklasse abgegeben werden. Die Sozialdemokraten manövrieren bei dieser Wahl nur darum, weil sie die Arbeiterstimmen für einen bürgerlichen Kandidaten fangen wollen. Das Bürgertum fürchtet die Stimmen, die für Ernst Thälmann abgegeben werden.

Der „Vorwärts" kündigt schon heute seinen Umfall für den zweiten Wahlgang an: Er schreibt:

„Sollte der erste Wahlgang die Gefahr eines Sieges von Jarres in die Nähe rücken, so sind wir gern bereit, gemeinsam mit anderen das wirksamste Mittel ausfindig zu machen, um ihn zu verhindern."

Wer für Ernst Thälmann stimmt, stimmt gegen dieses sozialdemokratische Manöver.

Thälmann ist der rote Kandidat der Arbeiter.

Braun ist der schwarz-rot-goldene Kandidat, der Platzhalter für den Zentrumskandidaten.

Arbeiter, wem willst du deine Stimme geben? Dem schwarzen Vertreter oder dem roten?

Ernst Thälmann in Breslau

Breslau, 16. März.

Am Sonnabend nachmittags 6 Uhr versammelten sich mehrere Tausend Breslauer Arbeiter auf dem Roßplatz, um den roten Arbeiterkandidaten, den Genossen Thälmann, aus Hamburg zu hören. Genosse Landtagsabgeordneter Hoffmann schilderte die Haller Vorgänge und brandmarkte den Arbeitermord. Seine Ausführungen wurden wiederholt von stürmischen Pfuirufen unterbrochen. Genosse Landtagsabgeordneter Richard Schulz kennzeichnete in wuchtigen Worten die politische Situation.

Von stürmischem Beifall begrüßt nahm Genosse Thälmann das Wort. Er erinnerte einleitend an die blutigen Zusammenstöße, die im Jahre 1906 sich in Breslau ereigneten und bei denen dem Transportarbeiter, Genossen Biewald, die Hand abgehauen wurde. Jahrelang hat die sozialdemokratische Agitation sich mit dem Fall Biewald beschäftigt. Wenn heut aber Haller Arbeiter von Schupobeamten gemordet werden, so regt sich kein Sozialdemokrat darüber auf. Sie finden das ganz in Ordnung.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Runge ist der Verantwortliche für diesen Arbeitermord.

(Stürmische Zustimmung.) Die Ereignisse in Halle zeigen deutlich, wo die Arbeiterschaft steht. Mit blutigem Terror leitet die Bourgeoisie den Wahlkampf ein. Genosse Thälmann erläuterte in seinen weiteren Ausführungen die Stellung der Kommunistischen Partei zu den Reichspräsidentenwahlen und erklärte:

Wir Kommunisten stehen zur kapitalistischen Republik genau so wie zur Monarchie.

Wir bekämpfen die schwarz-weiß-rote infame Unterdrückung mit derselben Energie, wie den schwarz-rot-goldenen Betrug an der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie hat längst aufgehört, eine Arbeiterpartei zu sein. Wenn sie und die Gewerkschaftsführer ernstlich den Kampf wollten, hätten sie die hinter ihnen Stehenden

zum Kampf um die Wiedereroberung des Achtstundentages auffordern müssen.

Die Sozialdemokratie aber will keinen Kampf, sonst wäre der Achtstundentag längst zurückerobert bzw. er hätte niemals verloren gegangen. Wir Kommunisten geben uns nicht der Illusion hin, daß ein Kandidat der Arbeiterschaft den Präsidentenstuhl einnehmen könnte. Jede Stimme aber, die für die Kommunistische Partei abgegeben wird, ist eine Anklage gegen die herrschende Gesellschaftsordnung, gegen die kapitalistische Republik, ist ein Bekenntnis zu dem Gedanken der proletarischen Revolution. Genosse Thälmann schloß seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Zitat:

Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als im Dreck der Demokratie verkommen.

Mit einem kräftigen Schlußwort des Genossen Smolka schloß die würdig verlaufene Kundgebung, an die sich noch eine Demonstration des Roten Jungsturms anschloß. Die Genossen vom Jungsturm zogen unter dem Gesang revolutionärer Lieder vor Kletschkauer Zwingburg und brachten dort Hochrufe auf Max Hölz aus.

Genosse Rudert verhaftet!

Die Vorgänge in Halle ließen den ehrgeizigen Breslauer Polizeipräsidenten, Herrn Kleibömer, nicht schlafen. Er bemühte sich, in die Fußstapfen seines glorreichen sozialdemokratischen Kollegen zu treten und den Wahlkampf in Breslau durch unerhörte Provokationen einzuleiten. Am Sonnabend nachmittag erschien der berüchtigte Polizeikommissar Vogel mit einem Stab von Beamten im Grundstück Trebnitzer Straße 50 und nahm in der Redaktion und im Parteibüro eine Suche nach Ausländern vor. Da es dem Scharfsinn des Herrn Kommissars nicht gelang, die ausländischen Genossen zu ermitteln, nahm er, um nicht ganz leer vor seinen Herrn und Meister zu treten, den politischen Redakteur unseres Blattes, Genossen Rudert, sowie den Führer unserer Inseratenabteilung mit. Unser Genosse war nämlich früher in Halle und der Breslauer Sherlok Holmes vermutete daher in dem Redakteur unseres Blattes einen Uebeltäter aus Halle. Sonntag nachmittag erst wurden unsere Genossen in Freiheit gesetzt.

Die Lage der schlesischen Bergarbeiter.

In der Betriebsräteausschußsitzung am 26. Februar gebrauchte Hoffmann, Sozialdemokrat und Bezirksleiter des BAB. in Waldenburg, den Ausspruch:

„Das Elend der Waldenburger Bergarbeiter hält nur mit dem Elend der Langenbielauer Weber einen Vergleich aus."

Die Akkordsätze für Hauer werden so gesetzt, daß diese in der achtstündigen Schicht 3,84 **Mark** verdienen können. Können, wohlgemerkt! Vielen gelingt es, trotz aller Hetze und Nichtbeachtung der berggesetzlichen Vorschriften, nicht einmal diese Bettelpfennige zu verdienen. 3,84 Mark pro Schicht, ergibt **pro Stunde 48 Pfennige.**

Es ist interessant, diesem Stundenverdienst der Waldenburger Bergarbeiter die Stundenlöhne anderer Arbeiterkategorien entgegenzustellen. Die Breslauer Metallarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 62 bis 70 Pfennig. Die Berliner Metallarbeiter — von 95 bis 110 Pfennig. Kann jemand behaupten, daß die Berliner Metallarbeiter zu viel verdienen?

Die Schichtlöhne der anderen Bergarbeiter sind um ein bedeutendes niedriger als die der Gedingehauer. Ein Zimmerhauer erhält 3,54; ein Schlepper über 20 Jahre 3,24; ein neunzehnjähriger Schlepper 2,41; ein achtzehnjähriger 2,10; ein siebzehnjähriger 1,73; und ein sechzehnjähriger 1,43.

Der Wochenverdienst eines sechzehnjährigen Bergarbeiters beträgt also 8,58 Mark. Wenn dieser von auswärts ist und bei fremden Leuten in Logis wohnt, hat er dafür pro Woche 10—12 Mark zu entrichten. Er muß essen, um schuften und wachsen zu können, er muß sich kleiden. Wie er seine notwendigen Auslagen mit diesen 8,58 Mark bestreiten soll, ist eine Frage, die kein Aktionär beantworten kann.

Noch schlimmer ist es um die Jugendlichen über Tage bestellt. Die Arbeitszeit beträgt hier 9 Stunden. Die Fünfzehnjährigen erhalten ein Schichtenlohn von 1,44 Mark, die Vierzehnjährigen nur 1,17 Mark. Der Wochenverdienst eines jugendlichen Arbeiters beträgt also 7,02 Mark, wovon die Krankenkassenbeiträge usw. noch abzuziehen sind.

Wegen der schlechten Beschaffenheit der Kohle und der angeblich hohen Herstellungskosten, die in den schlechten Gebirgsverhältnissen gesucht werden, ergeben sich Reibungen beim Absatz. Ueber **180 000 Tonnen Kohle und Koks** liegen auf Halde. An der Spitze marschiert wie immer die Viktor-Grube mit 100 000 Tonnen Haldenbestand. In der Viktor-Grube wird viel Magerkohle gewonnen, die sich nicht verkoksen läßt. Durch Errichtung einer Brikettanlage will die Grubenverwaltung auch dieser Schwierigkeit aus dem Wege gehen und trotz der schlechten Gebirgsverhältnisse und minderwertigen Kohle zu ihren Profiten kommen. Die niedrigen Löhne der Bergsklaven und die Gewinne aus den Nebenerzeugnissen bieten ihnen genügend Ersatz für die schlechte Beschaffenheit der Kohle.

Trotz und trotz allem sind 48 Prozent der Bergarbeiter immer noch gewerkschaftlich organisiert. Die Folgen der kapitalstützenden Taktik der Reformisten zeigen sich darin, daß die Unorganisierten zu jeder Stunde bereit sind, Streikarbeit zu leisten. Hier öffnet sich ein dankbares Feld der Betätigung für die Kommunisten, mit dem Ziele, alle Unorganisierten zurück in den Verband zu führen.

Die Berliner Konferenz zwischen drei Ministerien, Unternehmern und Arbeitern, auf die die Waldenburger Kumpels sehr große Hoffnungen bauten, da sie Fracht- und Steuerermäßigung bringen sollte, verlief resultatlos. Man hat sich eben unterhalten, ist auseinandergegangen — und alles ist beim alten geblieben.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer sind vollständig ratlos. Aus purer Verzweiflung hat Bezirksleiter des BAB., Hoffmann, den Hauptvorstand um

Streikbewilligung

für das Waldenburger Revier nachgesucht. Vielleicht hat er es nur aus schlauer Berechnung getan, um den Kumpels zu zeigen, wie kampfesmutig er ist; im Stillen weiß er sehr gut, daß der Hauptvorstand es niemals zu einem ernsten Kampf kommen lassen wird. Die einmal in Fluß gebrachten Massen könnten sehr leicht den Hauptvorstand und auch die Bezirksleitung zum Teufel jagen. Weil man dieses weiß, deshalb bremst man.

Wo ist der Ausweg?

Hoffmann hat den Streik beantragt. Zwingen wir ihn, die Frage des Streiks nicht als Wortspiele und Taktik zu behandeln, sondern als eine Frage des tatsächlichen Kampfes.

Die Bergherren werden trotz der Absatzschwierigkeiten bei den schlechten Gebirgsverhältnissen nicht lange tatenlos zusehen können, wie die Grubenbaue einfallen und ihre Profite verringern. Die Möglichkeit, höhere Löhne zu erkämpfen — nicht zu erhandeln — ist unzweifelhaft vorhanden.

Oberschlesien.

Die Beschaffenheit der Kohle, die Gebirgsverhältnisse und die Mächtigkeit der Flöze lassen in Oberschlesien nichts zu wünschen übrig. Trotzdem haben wir hier genau wie in Waldenburg und Neurode Feierschichten und große Haldenbestände. Weshalb? Deshalb, weil die kapitalistische Produktions- und Verteilungsweise Anarchie bedeutet, in der eine Krise die andere jagt. Ordnung zu schaffen ist nur durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Einführung der Planwirtschaft möglich. Der Weg zur Vergesellschaftung führt über die proletarische Revolution.

In Ostoberschlesien klagen die Grubenbesitzer über die wachsende Unrentabilität ihrer Betriebe. Massenhafte Entlassungen von Bergarbeitern und Feierschichten haben bereits stattgefunden. Noch größere Entlassungen sind geplant. Deutschland, der Hauptabnehmer der ostoberschlesischen Kohle, hat seinen Kohlenimport eingeschränkt, weil infolge der Kulilöhne der deutschen Bergarbeiter und der enormen Haldenbestände in allen Revieren die inländische Kohle billiger als die polnische ist. Die polnischen Grubengewaltigen behaupten, daß sie im Auslande — Deutschland, Tschechei und Oesterreich — ihre Kohle unter Selbstkostenpreis abgeben, um da ihre Absatzgebiete nicht zu verlieren. Die Ohnmacht und Unfähigkeit des polnischen Imperialismus offenbart sich in aller Deutlichkeit.

Die Lage in Deutsch-Oberschlesien sieht nicht besser aus. Auch hier werden die Betriebe eingeschränkt und Feierschichten eingelegt. Aussicht auf Besserung besteht nicht. Laut Angaben der Grubenbesitzer konnte früher die oberschlesische Kohle in den Küstengebieten gut abgesetzt werden. Jetzt ist die englische Kohle dort billiger, trotz der zehnprozentigen Frachtermäßigung für die oberschlesische Kohle. Auf Drängen des Berg- und Hüttenmännischen Vereins hat die Eisenbahnverwaltung in Gleiwitz weitere Frachtermäßigungen in Aussicht gestellt. Die Grubengewaltigen wollen bereits im Voraus wissen, daß auch die neuen Frachtermäßigungen nicht ausreichen werden, um erfolgreich gegen die englische Kohle konkurrieren zu können.

Trotz der Betriebseinschränkungen und Feierschichten über Feierschichten lagern auf den Halden

300 000 Tonnen Kohle und 150 000 Tonnen Koks.

Trotz der angeblichen Unrentabilität der Gruben und dank der Kulilöhne der Bergarbeiter sind die Grubenbarone in der Lage, ihre Betriebe fortlaufende technisch zu modernisieren und die Leistungsfähigkeit zu vergrößern.

Neuroder Revier.

Das Neuroder Kohlenbecken hat ganz besonders unter den schlechten Gebirgsverhältnissen und der minderwertigen Kohlenbeschaffenheit zu leiden. Die Profite, die aus der Kohle nicht herauszuschlagen sind, schlagen die Kohlenbarone aus den Knochen ihrer Lohnsklaven heraus. Die Lohnverhältnisse sind hier noch miserabler als in Waldenburg. Trotz der Kulilöhne sind die Gruben nicht konkurrenzfähig. Feierschichten, Entlassungen und Einschränkungen der Betriebe sind eine alltägliche Erscheinung. Auf den Neuroder Kohlen- und Tonwerken sind erst vor kurzem weitere

50 Mann entlassen

worden. Viele Bergleute werden „bis auf weiteres" beurlaubt. Das Neuroder Becken ist ein grelles Beispiel über die praktische Auswirkung des Dawesplanes. Die Reformisten waren — und sind — die wärmsten Befürworter des Dawesplanes. Jetzt aber, angesichts der elenden wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, sind sie ratlos und kopflos.

Die öffentliche Irreführung.

Die Grubengewaltigen lancieren in die kapitalistische Presse nachstehendes Schreiben:

„Bei dem gegenwärtig bemerkbaren Streben der Arbeiter eine Erhöhung der Löhne zu erreichen, eine Forderung, die weder in der Wirtschaftslage der Industrie noch in einer Steigerung der Lebenshaltungskosten während der letzten Wochen begründet ist, dürfte es von Interesse sein, die gegenwärtigen Löhne im oberschlesischen Steinkohlenbergbau kennen zu lernen.

Im Monat Januar, über den die letzten genauen statistischen Angaben vorliegen, verdiente der Häuer in der Schicht 6,92 Mk. Es ist zu berücksichtigen, daß dies kein Spitzenlohn, sondern der Durchschnittslohn der Häuer sämtlicher Gruben Oberschlesiens ist. Bei normaler Förderung würde sich hieraus ein Monatsverdienst von 173 Mark ergeben. Bei dem gegenwärtig schlechten Absatz der Gruben, die zur Einlegung von Feierschichten zwingt, kommen ungefähr 1 bis Schichten im Monat in Abzug. Der Durchschnittslohn sämtlicher Arbeiter, bei der auch die Löhne der weiblichen und der jugendlichen Arbeiter berücksichtigt sind, stellte sich im Januar auf 4,80 Mk. für die Schicht, im Dezember auch auf 4,80 Mk. und im November auf 4,59 Mk. Das ergibt bei normaler Förderung einen Monatsverdienst von 120 Mk. Eine außerordentliche Belastung ergeben allerdings für den Bergbau, worauf wir schon verschiedentlich hingewiesen haben, die hohen Knappschaftsbeiträge, die einen erheblichen Teil der Löhne ausmachen. Einer Herabsetzung auf eine normale Höhe, die sowohl für die Arbeiter als auch für die Unternehmungen erträglich wäre, haben sich bisher leider die Arbeitnehmervertreter immer widersetzt. Der Steuerabzug macht nur einen kleinen Teil der Abzüge aus. Der Durchschnittsprozentsatz für die Steuern wird ungefähr bei 7 Prozent liegen, sodaß bei einem Häuerverdienst von ungefähr 173 Mk. im Monat etwa 8 Mk., bei einem Durchschnittsverdienst von 120 Mk. etwa 4 Mk. Steuer in Abzug kämen."

Das Schreiben bezieht sich nur auf Oberschlesien. Die Grubenbesitzer von Waldenburg und Neurode werden aber ohne weiteres bereit sein, es zu unterschreiben.

Was bezwecken die Grubenbesitzer mit ihrem Schreiben?

Erstens beeilen sie sich, den Schlag, zu dem die schlesischen Bergproleten ausholen, im voraus zu parieren. Kurz und kalt erklären sie, die Lohnforderungen der Bergarbeiter seien weder durch eine Steigerung der Lebenshaltung noch durch die Wirtschaftslage der Betriebe gerechtfertigt. Sie suchen bereits vor dem Kampf in der Bevölkerung Schlesiens Verständnis für die Notlage der Grubenbesitzer zu wecken, um so alle Schuld für die Folgen des Kampfes auf die Bergarbeiter abzuwälzen. Sie erklären: Wir werden im Interesse des deutschen Vaterlandes

hart und unnachgiebig sein.

Zweitens machen sie einen Vorstoß gegen ihre Pflichtbeiträge zur Knappschaftskasse. Sie wollen sich aller Lasten entledigen.

Die Grubengewaltigen glauben, sich in die Offensivstellung begeben zu können. Sie fühlen sich des Sieges sicher. An den schlesischen Bergsklaven wird es liegen, sie eines anderen zu belehren.

Die Forderungen der Bergarbeiter.

Was ist? Antreibersystem, Feierschichten, Betriebseinschränkungen, Entlassungen, Hungerlöhne, Elend und Not — auf der einen Seite. Modernisierung und Neubauten — auf der anderen Seite.

Haben wir bei unseren Entscheidungen Rücksicht zu nehmen auf das sogenannte Wohl der Allgemeinheit? Nein, weil lediglich die Profite der Bergherren es sind, die sich hinter die Worte „Zum Wohl der Allgemeinheit" verstecken. Unter dem Druck der eigenen Leser erklärt selbst die „Bergwacht", ein Organ der Sozialdemokratie, folgendes:

„Der Profit der Aktionäre soll uns schnuppe sein!"

Sollen wir aber der reformistischen Führung vertrauen! Nein! Die Kommunisten, Hand in Hand mit den revolutionären Betriebsräten, werden jegliche Sabotage des Kampfes und Zerstückelung der breiten Kampffront verhindern.

Wird der Kampf gleichzeitig in Waldenburg, Neurode und Oberschlesien, und darüber hinaus in Polnisch-Oberschlesien aufgenommen und durchgeführt, so ist der Sieg uns sicher.

Unsere Forderungen lauten:

Her mit einer Lohnerhöhung von mindestens 40 Prozent!

Hinweg mit der 8½-Stundenschicht im Bergbau Oberschlesien.

Her mit der Siebenstundenschicht für alle Arbeiter unter Tage.

Vom Tage.

Die bayrische Volkspartei hat zur Reichspräsidentenwahl einen besonderen Kandidaten, den Abgeordneten Dr. Held, aufgestellt.

Als neuer Leiter für die Labour-Parlamentsfraktion in England wurde der Abgeordnete Henderson gewählt.

Zum Nachfolger des jetzigen bulgarischen Außenministers soll der Ministerpräsident Graf Paul Teleki gewählt werden.

In den Betriebsrätewahlen bei der Hamburger Hochbahngesellschaft haben die Kommunisten 2 Sitze gewonnen, die Sozialdemokraten 2 verloren.

MESS MEND

oder Die Yankees in Leningrad

59

Copyright by Moderner Verlag, Wien 1924

„Zehn Dollar," sagte ein großer, Langnasiger, „für einen solchen Rücken wie den meinigen würde ein anderer zwanzig bezahlen!"

„Und ist etwa mein Hinterteil schlechter!" stieß ein anderer seine Rückseite gegen Topps Wagen, „ich mache es für acht, wenn es sein muß! Für acht, sage ich, um keinen Cent weniger!"

Tom Topps dämpfte den Brand der Leidenschaften, versprach jedem soviel er wollte und machte sich daran, die Autos zu bemalen.

Spät nachts arbeiteten der Redakteur und Topps fieberhaft in der Zinkographie, prüften die zahlreichen Probeabdrucke und erwogen unter Zuhilfenahme der Setzer die wichtige Frage — welcher Name unter jede der Photographien zu setzen war.

Am nächsten Morgen entfalteten die Newyorker mit großem Vergnügen die reich ausgestattete Nummer der „Illustrierten". Sie befriedigte alle Ansprüche der menschlichen Neugier.

„MISTER UND MISS LENIN BEI EINEM AUSFLUG."

Aufnahme des eigenen Korrespondenten! Ein riesiges Auto mit Sichel und Hammer auf der lackierten Karosserie und mit einem Dutzend großer, roter Fahnen, die an den beiden Seiten flatterten und die Insassen vollständig verdeckten; der Wagen jagte mit der höchsten Geschwindigkeit an Gemüsebeeten vorbei und drehte dem Beschauer sein Hinterteil zu.

„MISTER TROTZKY NIMMT EINE PARADE AB."

Eine große Gestalt, den Rücken dem Beschauer zugewandt, steht auf dem Sitz eines anderen Autos, das mit einem Kranz von Sternen bemalt ist und blickt durch einen Linsenfeldstecher.

„MISTER SINOWJEW BEGRÜSST DIE ANKUNFT DES AMERIKANISCHEN DAMPFERS."

Dicht vor dem Bug eines wirklichen amerikanischen Dampfers erblickte man eine stattliche Figur mit einem Zylinder auf dem Kopfe, die ihren ansehnlichen Rücken dem Beschauer zuwandte.

Dann folgte ein weniger ansehnlicher Rücken: der des Mr. Bucharin, der mit dem Spezialkorrespondenten der Illustrierten Newyorker Zeitung — die Leser hätten in diesem letzteren ohne sonderliche Mühe den jungen Tom Topps erkennen können — einen herzlichen Handedruck austauschte; dann folgten noch einige Hinterpartien in mannigfaltigen Stellungen und Neigungen.

Die ganze Auflage der Illustrierten Zeitung war bis auf die letzte Nummer ausverkauft. An allen Straßenecken, Plätzen, Kreuzungen, in allen Straßenbahnwagen drängten sich Damen, Herren, Kinder, Halbwüchsige und sogar Taschendiebe und kauften begeistert die Zeitung, — die einen für eigenes Geld, die anderen — für das im Schweiße ihres Angesichts in den Taschen ihrer Nächsten gefundenes.

Gegen Abend wurde das Gedränge noch fürchterlicher, da ein Gerücht auftam, daß die Nummer der „Illustrierten" verboten sei. Der Redakteur rieb sich die Hände. Tom Topps erkrankte vor Aufregung. Die Klerikalen in Boston richteten eine öffentliche Anfrage an die Regierung, — ob diese von der beleidigenden Andeutung keine Notiz nehmen wolle, die sich die russischen Kommissare bei den für die „Illustrierte" gemachten Aufnahmen gegenüber den Vereinigten Staaten haben zuschulden kommen lassen?

„Warum ..." so fragten die Klerikalen, „warum drehen sie uns Amerikanern ihre Hinterseite zu?"

In der Holzbearbeitungsfabrik in Middletown herrschte eine nicht geringere Erregung. Um den blonden, hünenhaften Riesen drängten sich Arbeiter, die gerade eine Zeitung gelesen hatten.

„Tingsmaster," sagte ein Arbeiter, ihm auf die Schulter klopfend, „das Ding wird ja noch früher in Leningrad ankommen!"

„Das wird einen Spaß geben!" wunderte ein anderer lachend: „Lest mal, Jungens, den Leitartikel!"

Die Zeitung ging von Hand zu Hand, bis sie den besten Vorleser erreichte, man hörte seine Stimme in der ganzen Werkstatt:

„Zwei Ereignisse," so begann der Leitartikel, „bedeuten den Triumph der Wissenschaft und des Handels, — es ist der Handelsvertrag mit Rußland und der Psychiater-Kongreß in Leningrad, den wir mit unseren besten Vertretern der Medizin beschicken. Es ist zu hoffen, daß es von tieferer Vorbedeutung ist, daß unsere Lebensmittel sich den Weg nach Sowjetrußland gleichzeitig mit unseren Medizinen bahnen. Es ist kein Geheimnis, daß die ärztliche Hilfe in Amerika eine unerhörte Höhe erreicht hat; die Statistik hat kürzlich erwiesen, daß bei uns auf jedes Restaurant drei Krankenhäuser und 1758 Aerzte entfallen. Bürger, kauft Pillen „Antigastrid" von Dr. Bommer!"

„Wart' mal, was liest du da?" unterbrach ihn Micael Tingsmaster, „überspring' diese Stelle und lies dann weiter."

Der Vorleser ließ eine Spalte aus und las unter zustimmenden Ausrufen der Zuhörerschaft das Folgende:

„Am genannten Tage findet des Morgens eine feierliche Sitzung des Leningrader Sowjets statt, bei welcher Gelegenheit den russischen Kommissaren von einer amerikanischen Gruppe, die für den Handelsvertrag eingetreten war, eine herrliche Uhr in einem Ebenholzfutteral überreicht werden wird. Am Abend desselben Tages findet die Eröffnungssitzung des Psychiatrischen Kongresses statt, der wissenschaftliche Delegierte aus der ganzen Welt, mehrere Vertreter unserer Behörden und einige unserer Staatsbürger beiwohnen werden, die aus Anlaß des Handelsvertrages nach Leningrad gereist sind."

„Verdammt," brummten die Arbeiter, „und wir sitzen hier und können nichts anderes tun, als Nachrichten erwarten."

Sie gingen unlustig an ihre Plätze, und an diesem Tage wird Jak Kreßling zweifellos einen Verlust erlitten haben, denn sogar bei Tingsmaster selbst kam die Arbeit nicht so recht vorwärts.

In der Mittagspause gingen alle wie gewöhnlich nach Hause. Mic hatte die Schwelle seines Holzhäuschens noch lange nicht erreicht, als seine scharfen Augen ein ungewöhnliches Bild wahrnahmen.

Seine Köchin, der das Kopftuch auf die Nase gerutscht war, wehrte energisch die Umarmung eines riesigen weißen Hundes ab, während der dicke Kapitän Mac Kinley im vergeblichen Bemühen, ihr die Hand zu drücken, um sie herumtanzte.

„Beauty! Mac Kinley!" brüllte Mac Tingsmaster aus voller Brust und stürzte zum Häuschen.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftliche Rundschau

Wie der Schaden der Schwerkapitalisten festgestellt wurde.

Aus der Ruhr-Denkschrift der Luther-Regierung.

Die Denkschrift gibt in den Anlagen 25 und 26 Darstellungen, wie die Schäden der Zechen durch Gutachterausschüsse, die aus Bergwerksdirektoren, Berg- und Oberbergräten bestehen, festgestellt wurden.

Das Gutachten über die Klöckner-Zechen „Victor"-Ickern berechnet die Förderung der Zechen, die Stärke der Belegschaft, die bebaute Fläche, die Gesamtlänge der Gleisanlage, gibt die Anzahl der Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Dampfkessel, Turbinen, Fördermaschinen und das sonstige Inventar an, um am Schluß Schadenersatzansprüche in Höhe von 22,8 Millionen Mark festzustellen. Nichts über die Art der Schäden, keine tatsächlichen Leistungen und der Lagerbestände, keine Bücherrevision. Leichtfertig und gewissenlos wurden von diesen amtlichen Ausschüssen Millionenschäden festgestellt. Man hat sich dabei auf die Angaben der Ruhrindustriellen gestützt. Aus der Aufstellung über die Förderung auf diesen Klöckner-Zechen geht hervor, daß die Förderung in der Zeit der Besetzung gegenüber 1922 stark gewachsen ist und die Belegschaft um etwa 40 Prozent erhöht wurde. Woher die Schäden an Materialien und Geräten in Höhe von 983 560 M. und an den mechanischen, maschinellen und elektrischen Anlagen in Höhe von 5,4 Millionen (um nur einige der angeführten „Schäden" herauszugreifen) kommen, ist bei dem glänzend beschäftigten Betrieb nicht leicht erkenntlich. Der amtliche Ausschuß stellt Schäden von 22,8 Millionen fest. Dazu tritt noch ein Betrag für „Verdrängungs- und sonstige Schäden", den die Klöckner-Werke selbst angegeben haben mit 740 509 M. und der ohne jede Erläuterung mit in dem Gesamtgutachten aufgenommen ist.

In dem zweiten angeführten Gutachten über die Gewerkschaft „König Ludwig" in Recklinghausen liegen die Förderungsverhältnisse ähnlich. Auch auf diesem Werk ist auf dieselbe Art von dem Gutachterausschuß verfahren worden. Die von ihnen festgestellten Schadenersatzansprüche belaufen sich auf 12,2 Millionen Mark, dazu der von der Gewerkschaft selbst angegebene Betrag für „Verdrängungs- und sonstige Schäden" in Höhe von 1,3 Millionen Mark.

Durch solche Gutachten sind auf allen Zechen Millionenschadenersatzansprüche „festgestellt" und von der Regierung ausgezahlt worden. Dazu kommt noch, daß für die Auszahlung dieser Beträge nicht einmal Verträge, die die scheinbare Berechtigung zur Auszahlung dieser Summen geben, existieren.

Die Regierung hat gut arbeitenden und während des Ruhrkriegs ausgebauten Zechen auf Grund der Angaben der Zechenbesitzer und der Unternehmer-Gutachterausschüsse Millionen für „Schäden" geschenkt, über die sie wohlüberlegt in ihrer Denkschrift selbst die Beweisführung unterläßt.

Gewissenlos sind die Steuergelder des arbeitenden Volkes an die Schwerindustriellenclique verschleudert worden.

Produktionssabotage der Ruhrkriegs-Gewinnler.

DHD. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ist durch die sich verschärfende Absatzkrise, die sich in der vermehrten Einlegung von Feierschichten einerseits und der Vermeidung von neuen Entlassungen anderseits auswirkte, eine weitere

Verschlechterung der Arbeitsmarktlage

herbeigeführt worden.

Wie das Westfälische Lippesche Arbeitsamt in seinem Wochenbericht mitteilt, ist die Zahl der Feierschichten vom 9. bis 14. Februar um etwa 70 Prozent auf 162 788 in 112 Fällen gestiegen, wodurch im Durchschnitt etwa ein Drittel der Belegschaft zu einmaligem freiwilligen Feiern in der Woche gezwungen war. Im zwischenörtlichen Ausgleich konnten noch zahlreiche Vermittlungen nach den Zechen des nördlichen Randgebietes getätigt werden. Ebenso wird auch der zwischenbezirkliche Vermittlungsverkehr nach dem Aachener Steinkohlenbergbau (Wurm-Revier) weiter durchgeführt. Der trotz der Verschlechterung des bergbaulichen Arbeitsmarktes mögliche zwischenörtliche Vermittlungsverkehr innerhalb des Ruhrgebiets beweist den besseren Beschäftigungsgrad der nördlichen Fettkohlenzechen gegenüber den südlichen Magerkohlenzechen.

*

Diese Krisenmeldung aus Unternehmerquelle mit der scheinheiligen Versicherung, Arbeiterentlassungen vermeiden zu wollen, weist durchaus doppelseitige Züge auf.

Auf der einen Seite führt die Produktionssteigerung unter der Peitsche des Antreibersystems mit der wachsenden Erschöpfung der über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit rücksichtslos ausgeplünderten Kumpels zum Rückgang der Förderleistung, wie ihn die Wochenstatistiken des Ruhrbergbaues seit Januar ausweisen. Zugleich führt die trotz des Rückganges der letzten Wochen gegen das Vorjahr gestiegene Förderung zur Ueberproduktion und Krise, weil die Konjunktur in der Dawes-Kolonie Deutschland sich über eine Belebung in der Roheisen- und Stahlproduktion nicht zu einer allgemeinen Konjunktur erweitert hat, im Gegenteil die Belebung der Eisenindustrie schon wieder zurückgeht. Der Aufschwung, gegründet auf die Antreiberpeitsche, führt noch schneller als sonst zur Krise.

Auf der andern Seite: wenn jetzt nach den Meldungen über aufsteigende Konjunktur die Zechenherren plötzlich den Krisenausbruch melden und brutal Feierschichten einlegen, so benutzen sie die sich anzeigende Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage zur Waffe im Kampf um Lohn und Arbeitszeit. Die Feierschichten-Offensive soll die Kumpels in ihrem Widerstand zur Erzwingung der Siebenstundenschicht und des Friedensreallohnes zermürben.

Schwere Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit bahnen sich im Westen an. Die Bielefelder Metallarbeiter stehen im Streik. Die Bergarbeiter an der Ruhr, aufgepeitscht durch den Massenmord auf der Zeche „Minister Stein", fordern die Siebenstundenschicht und den Friedenslohn.

Sie wollen Schluß machen mit dem Antreibersystem. Sie wollen nicht weiter dulden, daß das Leben ganzer Arbeitergenerationen verkürzt werde, damit die Ruhrkriegsgewinnler, die Empfänger des 715 Millionen Geschenks, dick und fett werden.

Es geht um die Siebenstundenschicht, um die Achtstundenschicht, und die Kontrolle der Produktion und der Arbeitsbedingungen durch die Werktätigen.

In diesem Kampf gegen Profitgier und Unternehmersabotage, gegen Krise und Massenarbeitslosigkeit, gegen Unternehmer-Diktatur und Bürgerblockdiktatur muß die deutsche Arbeiterschaft wie ein Mann zusammenstehen.

Die Steuern aus dem Geist der Volksgemeinschaft.

Eine bürgerliche Stimme zum Steueranschlag des Bürgerblocks.

Die „Weltbühne" brandmarkt den Steueranschlag der Bürgerblock-Regierung auf die werktätigen Massen mit folgenden Worten:

„Die Steuervorlagen, die Luther jetzt dem Reichsrat überreicht hat, sind wirklich mehr, als der Reichsverband der Deutschen Industrie mitsamt dem Reichslandbund verlangen kann. Da ist alles, aber auch alles vorhanden, was der nationale Mann zum Leben braucht.

Die anderthalbprozentige Umsatzsteuer, die die Vertikaltrusts ersparen können, wird aufrechterhalten.

Die Lohnsteuer bleibt ebenfalls in der bisherigen Höhe, so daß ein Arbeiter mit 30 Mark Wochenlohn de facto 5 Prozent von seinem Einkommen zu zahlen hat, während er vor dem Kriege in Preußen an staatlicher Einkommensteuer und an Kommunalzuschlägen bei dem gleichen Nominallohn 3 bis 3½ Prozent entrichten mußte. Das steuerfreie Existenzminimum wird auf 720 M. im Jahre festgesetzt gegenüber 900 M. vor dem Kriege, über 3000 M. in England und 2500 M. in Frankreich.

Aber Luther weiß auch zu mildern, wo es not tut. So wird der Vermögenssteuer ihr unerträglicher konfiskatorischer Charakter genommen. Ein sechsfacher Millionär braucht künftig nicht mehr 45 000 M., sondern nur noch 30 000 M. abzugeben. In der neuen Vorschrift, daß alle Vermögen über 50 000 M. gleichmäßig mit 0,5 Prozent belegt werden, findet der demokratische Grundzug des Kabinetts Luther beredten Ausdruck. Auch sonst ist Dr. Luther, dem

Geist der Volksgemeinschaft

entsprechend, kein Freund von Staffelungen. Die Einkommensteuer der selbständigen Berufe springt gleich immer um 5 Prozent.

Dafür werden Einkommen bis zu 8000 M., von 8 000 M. bis 16 000 M. und von 16 000 M. bis 24 000 M. gleich hoch besteuert.

Der Pflege des Familiensinnes dient die Erbschaftssteuer. Das Gattenerbe bleibt auch in Zukunft frei, sofern der Himmel dem Hause Kinder geschenkt hat. Zur Not genügen auch Enkel. Falls Stinnes ein Jahr später gestorben wäre, hätte er ebenso ruhig, wie er es getan hat, seiner Frau das gesamte Vermögen vermachen können: der Staat hätte sich an der Erbschaft nicht beteiligt. Um die trauernden Hinterbliebenen nicht durch fiskalische Eingriffe vom Wesentlichen abzulenken und die Finanzämter vor unnützer Arbeit zu bewahren, ist in solchen Fällen auch keine Vermögensaufnahme notwendig.

Die Vermögenszuwachssteuer soll vorläufig außer Kraft gesetzt werden.

Bei der Vermögenssteuer will man die beiden nächsten Raten sistieren, um dem Kapital eine Atempause zu lassen. Da nach Luthers Steuerplänen die Arbeiter und Angestellten mehr als zwei Drittel aller Lasten aufzubringen haben, besteht die begründete Aussicht, daß die großen Vermögen die Atempause zweckdienlich nutzen und tüchtig Luft holen werden."

*

Die Kritik der bürgerlichen Zeitschrift ist rücksichtsloser, schärfer als die Kritik der Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsführer gegen die sieben Steuervorlagen, die die Luther-Regierung zugunsten des Großkapitals im Reichstag eingebracht hat.

Die Sozialdemokratie, nachdem sie ihren verdienten Fußtritt von der Bourgeoisie bekommen hat, mimt Opposition. Aber ihre Opposition ist parlamentarisches Gekläff. Wenn die Luther-Regierung es wagt, diese Steuervorlagen einzubringen, die die Lasten der werktätigen Massen um Millionen erhöhen, die die bisher schon lächerlichen Besitzsteuern noch mehr reduziert: die Sozialdemokratie trägt die Verantwortung dafür. Sie hat die Wirth-Steuern gemacht, die die Grundlage der Steuerreform Luthers sind. Sie hat die Marx-Regierung mit Luther als Finanzminister gestützt, die die Steuergesetze des Bürgerblocks ausgearbeitet hat. Sie stützt Marx in Preußen, der in seiner Programmrede die Regierung des Bürgerblocks und damit des Steuerraubs unterstützen will.

Kein ernsthafter Kampf auf seiten der Sozialdemokraten gegen die Steuern, kein Aufrufen der Massen in Betrieben und Gewerkschaften gegen den neuen Plünderungsfeldzug. Im Gegenteil: die Forderungen des ADGB. gegen die Luther-Steuern sind zugleich verlogen und verwaschen. Sie binden die Massenaktivität, statt sie zu entfesseln.

Der ADGB. fordert Milderung der Lohnsteuer. Warum macht er keine bestimmten Vorschläge? Warum fordert er nicht die

Aufhebung der Lohnsteuer?

Warum sagt der ADGB. nicht, ob und in welchem Umfange er das steuerfreie Existenzminimum von jetzt nur 720 M. jährlich erhöhen will? Warum so schweigsam? Weil ADGB. und Sozialdemokratie, die die Lohnsteuer geschaffen haben, ihre Aufhebung nicht wollen!

Sie fordern weiter

Versteuerung der Inflationsgewinne.

Eine schöne Sache! Nur ist dazu erforderlich, daß die Massen gegen das Schwerkapital wirklich kämpfen. Denn die Versteuerung der Inflationsgewinne ist Rückgängigmachung der durch die Inflation bewirkten tiefen Vermögensverschiebung zugunsten der arbeitenden Massen. Ohne den Kampf der arbeitenden Massen denkt kein Stinnes, kein Krupp daran, auch nur 100 Mark von seinem Inflationsraub wieder herauszugeben. Aber von einem Kampf der Massen wollen die Reformisten nichts wissen.

Der ADGB. fordert schließlich

Rückgabe der Ruhrgeschenke.

Auch sie sind nur zurückzuholen, wenn die Massen selbst sie zurücknehmen. Die Bürgerblock-Regierung, die dem Schwerkapital das Weihnachtsgeschenk der 750 Millionen gemacht hat, denkt nicht daran, es zurückzufordern.

Auch wir Kommunisten fordern die Rückgabe der 750 Millionen und sind bereit, dafür zu kämpfen. Doch wir fordern nicht die Rückgabe an die, die die Steuergelder der Arbeiter an die Barmat und Kutisker, Stinnes und Krupp verschleudern und verschenken. Wir fordern die Rückgabe unter der

Kontrolle des Proletariats.

Wir fordern weiter rücksichtslose Besitzsteuern, konfiskatorische Erbschaftssteuern, hohe Vermögenssteuern.

Wir fordern sie nicht, um den Kapitalismus zu retten; um, wie es der Plan aller Steuerreformer von Hilferding bis Westarp ist, durch die Steuern auf Kosten der arbeitenden Massen die Kapitalsbildung zu fördern. Wir fordern sie als Mittel in unserem Kampf gegen das Kapital, als Mittel in unserm Kampf um die Kontrolle der Produktion und die Sozialisierung. Denn wir wissen, daß nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die arbeitenden Massen sich von den Lasten befreien können, die ihnen in Erfüllung des Dawes-Paktes die Bürgerblock-Regierung auferlegt.

Warum die Lohnsteuer so hoch ist.

Eine Stinnes-Provokation.

Der Lohnzehnte hat von April bis Januar 1079 Millionen Mark gebracht. Er hat die auf 720 Millionen Mark angenommene Schätzung für das ganze Steuerjahr vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 um 350 Millionen Mark übertroffen. Die Steuermühlen Luthers haben gegen die Proleten gut gemahlen. Während die Besitzsteuern der Großkapitalisten um 25 Prozent herabgesetzt wurden, während nach den sieben neuen Gesetzen des Bürgerblocks die Steuern für das Großkapital noch weiter ermäßigt werden, wird Woche um Woche von der kärglichen Lohntüte des Arbeiters, wird Monat um Monat von dem Jammerlohn des kleinen Beamten und Angestellten die Lohnsteuer abgezogen und beigetrieben. Die Lohnsteuer ist eine der Hauptsäulen der Staatsfinanzierung des Bürgerblocks.

Zur schamlosen Ausplünderung, zum Steuerraub fügt das Stinneskapital nun noch den Hohn. Der „Deutsche Handelsdienst", eine Stinnes-Nachrichtenagentur, antwortet auf die Frage, die heute alle Proleten bewegt, warum denn die Lohnsteuer so hoch sei, während die Besitzsteuern immer niedriger werden, mit der folgenden Provokation von der „Arbeitgeberseite":

„Es ist bekannt, daß sich seit einem Jahre die Sätze für den Lohn- und Gehaltsabzug nicht im mindesten erhöht haben. Die einzige Aenderung in der letzten Zeit ist die, daß das steuerfreie Existenzminimum von 50 auf 60 Mark monatlich erhöht wurde: das ist für viele Arbeitnehmer eine Erleichterung. Wenn sich nun seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres die monatlichen Reichseinnahmen aus dem Lohn- und Gehaltsabzug von 71 Millionen Rentenmark auf 126 Millionen Rentenmark im Monat erhöht worden, so liegt das nicht an einer stärkeren Heranziehung der breiten Massen, sondern einzig und allein daran, daß Löhne und Gehälter seit der Stabilisierung erheblich in die Höhe gesetzt worden sind."

Die „Arbeitgeberseite" hat also die Stirn, die wachsende Steuerausplünderung der deutschen Werktätigen mit den „steigenden Löhnen" zu rechtfertigen. Dabei weiß jeder Proletarier aus seiner eigenen Erfahrung, was es mit diesem Steigen der Löhne auf sich hat.

Doch es genügt, um diese freche Lüge der „Arbeitgeberseite" zu entlarven, auf eine Aeußerung von bürgerlicher gerade aus diesen Tagen hinzuweisen. Der „Montag Morgen", gewiß kein kapitalfeindliches und sicher kein kommunistenfreundliches Blatt, schreibt in seiner Nummer vom 23. Februar über die Reallöhne der deutschen Arbeiter:

„Nach den gewiß nicht zu pessimistischen (nach unserer Meinung gefälschten — die Redaktion) Berechnungen des Statistischen Reichsamtes sind die Lebenshaltungskosten im Januar 1925 etwa 25 Prozent höher als im Frieden, die Ernährungskosten sind sogar um 36 Prozent gestiegen. Demgegenüber erreichen die Tariflöhne im gehobenen Durchschnitt nur eine Höhe von 36 Mark in der Woche bei einer 48stündigen Arbeitszeit. Im Jahre 1913 wurde dieses Lohnniveau . . . von einer beträchtlichen Zahl qualifizierter Arbeiter überschritten. Andererseits wird in den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts stets von den hohen Löhnen der geleernten Arbeiter gesprochen und zu wenig darauf hingewiesen, daß das Gros der Arbeiter und Angestellten dieses Einkommen nicht erreicht. . . . Da heute eine 25 bis 30 prozentige Steigerung aller Lebenskosten zu berücksichtigen ist (nach unserer Meinung mindestens 50 bis 75 Prozent, die Red.), kann man das Existenzminimum mit ungefähr 36 Mark veranschlagen. (Nach dem Index der „Roten Fahne" fast das Doppelte, die Red.) Das heißt die qualifizierten Arbeiter eines Kulturstaates verdienen gerade so viel, um für sich und ihre Angehörigen das Leben fristen zu können, während in Friedenszeiten dieses Lebensniveau wenigstens um 30 Prozent überschritten werden konnte."

Also selbst nach diesen sichtlich viel zu günstigen Berechnungen des bürgerlichen „Montag-Morgen" bleibt die große Masse der deutschen Arbeiter mit ihren Löhnen weit hinter den Friedenslöhnen und weit unter dem Existenzminimum zurück. Nur eine immer dünner werdende Schicht qualifizierter Arbeiter erreicht knapp das Existenzminimum. Dennoch steigt die Lohnsteuer. Sie steigt nicht, weil die Löhne steigen, sondern weil die Steuereintreibung gegen Proleten immer brutaler wird. Sie steigt, weil heute das steuerfreie Einkommenniveau mit 720 Mark jährlich trotz der um 150 Prozent gestiegenen Preise hinter dem steuerfreien Einkommenminimum von 900 Mark selbst des Dreiklassen-Preußens zurückbleibt. Das nennt die „Arbeitgeberseite" „Erleichterung der Lohnsteuer".

Es genügt, auf die freche Provokation der Unternehmer hinzuweisen, damit die Proleten erkennen, wie wenig ihnen mit der Parole des ADGB. einer Milderung der Lohnsteuer gegeben ist. Nicht Milderung, sondern Abschaffung der Lohnsteuer, und zugleich Kampf um Friedensreallöhne und den Achtstundentag: das ist der Weg, auf dem sich die Werktätigen von der Steuerlast für Bürgerblock und seine Republik befreien.

Breslau

Zur Präsidentenwahl.

von Gräfe, Tirpitz, Zitzewitz,
von Karstedt, Jarres, Carlowitz,
Braun, Bauer, Höfle, Heilmann, Schwarz,
Wels, Loebe, Müller, Schmidt und Sklarz:
Das sind so Deutschlands Prominente.
Wer wird denn nun der Präsidente?

Wir pfeifen auf die Barmat-Brut,
Und spucken auf das „blaue Blut",
Kein Geßler sprengt die Sklavenketten,
Kein Braun, kein Hellpach wird uns retten;
Nur Thälmann führt die Arbeitsfaust,
Die auf die Bande niedersaust!

Die „Volkswacht" gegen den Leninfilm.

Erst am Sonnabend bequemte sich der Soldschreiber der „Volkswacht" zu dem Leninfilm Stellung zu nehmen und ihn, spekulierend an die nationalistischen Instinkte sozialdemokratischer Kleinbürger, als „russischen Propagandafilm" zu denunzieren. Besonders unangenehm waren dem Herrn Z. aus der „Volkswacht" die Aufnahmen aus den russischen Kinderheimen der IAH., die er als „geschickt frisiert" bezeichnet. Es ist den berufsmäßigen Verleumdern von Sowjetrußland offenbar recht unangenehm, daß einmal ein erheblicher Teil der Breslauer Arbeiterschaft Gelegenheit hatte, sich zu überzeugen, was ein Arbeiterstaat für Proletarierkinder leistet.

Die hämischen Glossen der „Volkswacht" über den „russischen Propagandafilm" müssen unsere Genossen veranlassen, dafür zu sorgen, daß die nächste Vorstellung der IAH. denselben glänzenden Erfolg erzielt als der Leninfilm. Die bewaffneten Proletarier in Rußland sind der „Volkswacht" auf die Nerven gefallen. Ihr gefällt es besser, wenn Schupo, Reichswehr und Faschisten die Waffen besitzen, um sie gegebenenfalls gegen das Proletariat zu gebrauchen.

Breslauer Kino.

Mattatus-Kino.

„Arme Verwandtschaft."

Einfache, drastische Aufmachung des Spielsaales paßt zu den Besuchern. Es sind Arbeiter, Proletarier aus dem Odertor-Viertel, ohne Anspruch auf Eleganz und Blasiertheit, aber sicher und selbstbewußt im Auftreten.

Auf der Leinwand läuft der Goldwyn-Film. Hart und kalt wird das Leben gezeichnet. Fahe mit seinem Kompagnon sind nur auf ihre Profite bedacht, schrecken auch vor einem gemeinen Diebstahl nicht zurück. Bale und auf der Straße aufgelesene Kinder hungern und frieren, und doch ist ihr Leben von Sonnenschein umsponnen. Die vierzehnjährige Nachbarin Nell sorgt für die Kleinen, verkauft einen Kuß, um zwei Brote für sie zu erhalten. Die Not kennt kein Gebot. Nur ein Satter kann wagen, hier von Laster zu reden.

Dolly, als mitleidige Tochter des reichen Verwandten, ist auf der Leinwand gut, aber im harten wirklichen Leben gibt es keine solche Dollys.

Das Ende ist gut, weil nicht der reiche Fahe dem armen Bale hilft. Dieser erkämpft aus eigenen Kräften eine gut bezahlte Stellung.

Freilich: Den Klassenkampf und Klassenbewußtsein ist in dem Glück nichts zu finden. Aber die Gegensätze zwischen arm und reich sind grell und natürlich gezeichnet.

Als Zugabe läuft der Film „Die Perlen des Dr. Talmadge". Es ist ein Kriminal-Film, dessen buntes Durcheinander die Aufmerksamkeit spannt und die Lachmuskeln in Bewegung setzt.

Die Metallarbeiter abgespeist.

Die Lohnverhandlungen am 13. März vor dem Schlichter für die Provinz Niederschlesien sind gescheitert.

Es bleibt den schlesischen Metallarbeitern nur ein Weg offen: der Weg des Kampfes. Dieser Weg wird viel schneller und sicherer zu einer Lohnerhöhung führen, als der Weg endloser Verhandlungen.

Aus der Provinz

Versammlung der IAH. in Brieg.

In einer am 9. März von 100 Arbeitern besuchten öffentlichen Versammlung der IAH. in Brieg sprach Genosse Lange-Berlin über das Thema „715 Mill. den Ruhrindustriellen, Arbeiterkinder verhungern". Genosse Lange schilderte die schwere Lage, in der sich der deutsche Arbeiter befindet, die vielen tausende von Arbeitslosen und Kurzarbeiter, das Elend in den Arbeiterfamilien. Für diese Volksschicht hat es nie Geld, dagegen für die Ruhrindustriellen, die schon während dem Ruhrkampf ungeheure Gewinne eingeheimst haben, speist man nochmals nachträglich mit 715 Mill. ab. So sieht die Gleichheit in der Republik aus. Damit nun diese Aermsten nicht umkommen, die durch das Verschulden dieser Gesellschaftsordnung dahin gekommen sind, ist durch die Vereinigung der Arbeiter aller Länder die IAH. gegründet worden. In allen Ländern, wo der Arbeiter in Not gerät, sei es durch Streiks, Maßregelung oder dergleichen, wird die IAH. eingreifen. Genosse Lange schildert ferner, was die IAH. bisher mit gutem Erfolge geleistet hat und wie nötig es ist, daß jeder Arbeiter dieser Organisation beitritt, ganz gleich, welcher Partei er angehört, da diese Organisation überparteilich steht. — Mit einem guten Erfolg für die IAH. konnten wir die Versammlung schließen. Auch wir Arbeiter der IAH. von Brieg rufen nochmals allen Arbeitern zu: Tretet ein in die IAH., das ist die Organisation, die uns in der größten Not beisteht, bis der Tag kommen wird, wo wir sagen können, diese Welt gehört jetzt uns. R. K.

Arbeitergesangverein Schosdorf.

Vor reichlich zwei Jahren wurde auch in unserem Orte ein Arbeiter-Gesangverein gegründet, um den Gesangsfreunden in Arbeiterkreisen Rechnung zu tragen. Begeisternd beschloß man bei der Gründung, nur solche Mitglieder aufzunehmen, welche bei keinen bürgerlichen Klimbimvereinen sein durften. Anfangs schien es, als ob dieser Beschluß auch wirklich durchgeführt würde, da man bei Maifeiern und anderen Arbeiterfesten mit Freiheitschören aufwartete. Aber o Schreck, wie wurden die Mitglieder enttäuscht, als man nach einem Jahre beschloß, Militärvereinler und Hakenkreuzler und sonstigen bürgerlichen Mischmasch aufzunehmen. Die wirklich ehrlichen Sangesbrüder lehnten es ab, mit solchen Elementen Freiheitslieder, z. B. die Internationale, zu singen, da dies als eine Verhöhnung des Inhalts von diesem Liede bedeute. Um nun in bürgerlichen Kreisen Anklang zu finden, verließ man die Uebung von Tendenzliedern und wandte sich den Liedern von Lenz und Liebe zu, z. B. „Aennchen von Tharau" oder „Wo e klein's Hüttle steht, ist e klein's Gütle und wo viel Bube sind, Mädle sind, Bube sind, da ist's halt lieblich!" oder „Es ritten drei Reiter zum Tore hinaus" und anderes mehr, welche man bei der letzten Gesangsaufführung darbot. Wie weit der „Arbeiter"-Gesangverein schon verbürgerlicht ist, beweist die Tatsache, daß man an dem gemeinsamen Kirchgang, welcher zum Gedächtnis der Gefallenen am 1. März stattfand, teilnahm, und stramm mit den Militärvereinlern in das Gotteshaus einrückte, um derer zu gedenken, welche im Interesse des Kapitals ihr Leben einbüßten. Ob der „Arbeiter"-Gesangverein dabei mit kirchlichen Liedern aufwartete, z. B. „Lobe den Herren", entzieht sich unserer Kenntnis. Wir empfehlen dem hiesigen „Arbeiter"-Gesangverein zum Gausängerfest in Breslau Pfingsten 1925 in obengenanntem Sinne aufzutreten.

Waldenburger Industrierevier.

Wohnungsamt Waldenburg.

Von einem Leser unserer Zeitung erhalten wir folgende Zuschrift:

Bewohne mit meiner Frau und meinem Kinde seit 3½ Jahren eine Stube, welche 4 Meter lang, 3 Meter breit und 2 Meter hoch ist. Schlafe mit meiner Familie in einer Dachkammer ohne Fenster, welche mit zwei Betten vollständig ausgefüllt ist. Da ich nun seit drei Jahren auf größere Wohnung eingetragen bin, ging meine Frau dieser Tage nach dem Wohnungsamt, um sich zu erkundigen, wurde aber dort vom Herrn Wohnungs-Inspektor angeschnauzt: Sie müssen doch froh sein, daß nicht die ganze Familie in einem Bett schläft, wie es bei vielen sei, oder Sie solle doch wieder in Logis gehen, da hätte Sie es besser.

So benimmt sich dieser Herr Arbeitern und deren Frauen gegenüber. Kommt aber ein sogenannter besserer Herr, dessen Bauch und wahrscheinlich auch die Brieftasche den nötigen Umfang hat, so ist der Herr Inspektor die Liebenswürdigkeit selbst; aber der Tag wird kommen, wo auch diesem Herrn von den wohnungsuchenden Arbeitern klar gemacht wird, daß sie ein Recht haben, als Menschen zu leben und als solche behandelt zu werden."

Bergmannsgottesdienst.

Zuschrift eines Fellhammer Bergarbeiters.

Die hungernden und zerknirschten Bergproleten sollen wieder geistig gestärkt und besänftigt werden. Zu diesem Zweck veranstaltet man Bergmannsgottesdienste. Um nun auch den Bergknappen gerecht zu werden, und das kann man nur, wenn man über das Leben und die gefahrbringende Arbeit derer informiert ist, muß man selbst erst mal Knappe gewesen sein. Und dieser Weihe hat sich unser ehrwürdiger Herr Pastor unterzogen. Als angehender Bergmann hat er nun die Grube befahren, um sich über alles zu informieren. Er wird nun hoffentlich den richtigen Eindruck gewonnen haben, obwohl man es vermieden hat, die gefährlichsten und kleinsten Nester ihm zu zeigen. Ein Glück, daß Herr Pastor nicht körperlich stark belastet ist, denn sonst hätte er müssen erleben, das ein Vegetieren solcher Leute unmöglich ist. Ueber eins wird wohl unser Herr Geistlicher nicht ganz informiert sein, nämlich, daß man diese Arbeit verrichten muß bei einem jämmerlichen Lohn von 3—4 Mark den Tag. Nun, damit wir auch der Wahrheit gerecht bleiben, unser Herr Pastor Langer hat die schlechten Lebensverhältnisse der Bergleute anerkannt. Er ist zu dem Resultat gekommen, daß die Grubengewaltigen durch gütiges Einwirken und gegenseitige Verständigung mehr denn je den Forderungen der Bergproleten gerecht werden sollen. Nun lassen wir dem Herrn Pastor seine Illusionen und seinen Kinderglauben. Den Arbeitern aber rufen wir zu: „Nicht Klassenharmonie und Gottesdienst, sondern Klassenkampf rettet Euch aus der Sklaverei.

Briefkasten.

Altwasser. „Oeffentliche Anfrage" für uns unverständlich, deshalb nicht gebracht.

B. G. Hirschberg-Cunnersdorf. Anfrage an Barmat konnte aus juristischen Gründen nicht gebracht werden.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, M. d. L., Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Am 5. März verschied als 1. vorzeitiges Opfer der Personalabbau-Verordnung der Reichsbahn A.-G. meine liebe Frau und treusorgende Mutter unseres Sohnes

Frau Elfriede Riedel
geb. Noeldner

Die Einäscherung fand am 10. 3. im Krematorium zu Hirschberg statt.

Beisetzung der Urne erfolgt am Montag, den 16. März 1925 nachmittags 4 Uhr, Kommunalfriedhof Gräbschen.

Breslau, den 13. März 1925.

Hugo Riedel und Sohn

Liebich-Theater
Täglich 8 Uhr
Die große Tauchsensation
Kapitän H. Winstons tauchende Seelöwen und Nymphen
und das Riesen-Messe-Programm

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545
Heute 8 Uhr:
Gräfin Mariza

Schuhwaren aller Art,
Pantoffeln - Turnschuhe - Sandalen
Damenunterwäsche, weiß u. farb., Herrenunterwäsche in Mako, weiß und farbig, Schürzen, in allen Größen, Ia Frauenschürzen, Arbeitshosen, blau, Maurerblusen, Arbeitshosen u. bessere Hosen für Burschen u. Männer, Schlüpfer für Kinder u. Frauen in allen Farben, Inletts, Züchen, Strümpfe f. Kinder u. Erwachsene in großer Auswahl, Socken in verschied Farben u. Qual., Hosenträger, Gummiband, Sockenhalter, Schnürsenkel, Wolle usw. kaufen Sie gut und billig bei
Karl Böhm, Ohlau, Oderstraße 18.

In wenigen Tagen erscheint:
Materialien über den Stand der
Bauern-Bewegung
in den wichtigsten Ländern
von Eugen Varga
Wichtig für die systematische Arbeit der Kommunisten auf dem Lande
178 Seiten — Preis 1,20 Mk.
Verlag Carl Hoym Nachf.
Berlin NW. 6, Luisenstraße 27/28

Versammlungskalender.

Andere Organisationen

IAH. [illegible]

Sportnachrichten

[illegible]

Erstklassige elegante **Frack-** und Rock-Anzüge
H. Mohaupt
Nadlerstr. 1, I. Tel. R. 1 [illegible]

Bettbezüge
[illegible]
stets gut und preiswert.
Leihhaus
Freiburger Straße 21

Zentral-Ball-Saal
Westendstr. 50/52. Telephon O. 1712
Jeden Sonntag:
TANZ!
Der Saal ist stets zu den kulantesten Bedingungen den Vereinen bestens empfohlen.

Gerahmte und ungerahmte
Kunstbilder
Orientalische Schönheiten. Kunstkarten
Aktkunstkarten
aller Genres. Originale erster Meister und Künstler.
Nicht zu verwechseln mit minderwertigen Aktaufnahmen . . .
Teilzahlung gestattet.
Kunstkataloge mit über 200 Abbildungen gegen Mk. 1.— im Brief.
FRANZ KINZEL, Versandbuchhdlg. BAD KUDOWA, Kr. GLATZ, Schles.
Große Auswahl in Fortsetzungs-Werken u. Romanen.
Probehefte gratis.
Vertreter überall gesucht.

Schallplatten Bergmann
Breslau I, Karlsplatz 1, II.
Spezialgeschäft — Tauschzentrale
Neue Platten Mark 2.50 und 3.30.
Tausche jede spielbare Platte in eine andere bei Zuschlag von 20 Pfennig an.

Um unseren Kunden vor Inkrafttreten der neuen Zoll- und Tabaksteuererhöhung noch Gelegenheit zur Eindeckung ihres Bedarfs zu geben, haben wir in den Fache-Gaststätten aus unseren großen Vorräten einen Posten unserer bekannt preiswerten
Zigarren
in den Preislagen 6, 8, 10, 12, 15, 20, 30, 40, 50 Pfg. zum Verkauf gestellt und gewähren darauf ab 15. März, solange der Vorrat reicht, einen
Sonderrabatt von **20%**
Bei Einkauf von Originalkistchen zu 50 u. 100 Stück
Emil Fache
Aktiengesellschaft für Branntwein u. Edelliköre
Gaststätten in allen Stadtteilen

Die Betriebszellenzeitung.

Lenin sagt: „Jeder Betrieb muß eine Burg des Kommunismus sein!"

Ein Mittel, den Betrieb, d. h. die Belegschaft für den Kommunismus zu gewinnen, ist die Betriebszellenzeitung.

Die offizielle Parteipresse kann nicht alles so offen schreiben, wie sie es gern im Interesse der Ausgebeuteten möchte. Polizei und Justiz lauern auf jeden Verstoß gegen die Gesetze der bürgerlichen Republik. Es hagelt mit Verboten für die Zeitung und mit Gefängnis- und Geldstrafen für den verantwortlichen Redakteur. Die letzten zwei Verbote der schlesischen kommunistischen Presse sind eine deutliche Illustration zu dieser Tatsache.

Eine Betriebszeitung braucht aber nicht verantwortlich gezeichnet zu werden; oder wenn schon, dann nimmt man den Betriebsleiter oder Bergdirektor dazu. Die Redaktion einer Zellenzeitung braucht auf nichts Rücksicht zu nehmen, denn wer kann sie verbieten?

Was die Unternehmer so wild auf die Betriebszellenzeitungen macht, ist der „unverschämte Ton" und die Rücksichtslosigkeit, mit der diese die heiligsten Gefühle des Geldsacks verletzen. Die Proleten aber freuen sich und reiben sich die Hände, weil die Zellenzeitung der Ausbeuterklique wieder ordentlich eins ausgewischt hat. Die kommunistische Betriebszeitung ist der Freund und Helfer der Belegschaft.

Wie groß der Respekt der Ausbeuter vor der Betriebszellenzeitung ist, geht deutlich hervor aus nachstehendem Bericht, den wir einem unserer Bruderorgane entnehmen.

Die Angst vor den Zellenzeitungen.

Hamborn. Vor einiger Zeit veranstaltete die hiesige Polizei eine Razzia unter der Bergarbeiterschaft, um der regelmäßig erscheinenden Zellenzeitungen: „Der Thyssen-Sklave" und „Der Lohberger Proletarier" habhaft zu werden. Sie beschlagnahmten mehrere Exemplare und alles wurde auf den Kopf gestellt, um den Redakteur dieser Zeitungen zu erwischen. In einem kommunistischen Bergmann glaubte man ihn gefunden zu haben. Er wurde vor das Schöffengericht gestellt und wegen „Beamtenbeleidigung" zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil beweist, daß die Ausbeuter mit ihren Lakaien vor den Betriebszeitungen erzittern.

L. In vielen Betrieben Schlesiens bestehen bereits Zellenzeitungen. Auszüge aus einigen hatten wir erst vor kurzem veröffentlicht.

Dort, wo die Zellenzeitung bereits erscheint, ist für Vergrößerung des Umfanges und der Auflage Sorge zu tragen. In den Betrieben aber, wo noch keine besteht, ist sofort an die Gründung einer solchen heranzugehen. Von jeder erscheinenden Zellenzeitung bitten wir um Zustellung eines Exemplars an unsere Redaktion. Auf diese Weise werden wir das Band zwischen unserer Redaktion und den Betrieben zu einem unzerreißbaren machen.

Die Parole lautet:

Kein Betrieb ohne kommunistische Betriebszellenzeitung!

Opfer der Ausbeutung.

Königin-Luisen-Grube, Beuthen.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Auf dem Ostfelde der Königin-Luisen-Grube war die Schiebebühne, auf der die Eisenbahnwagen zur Separation geschafft werden, aus dem Gleis gesprungen. Bei dem Versuch, sie wieder in die ursprüngliche Lage zurückzubringen, glitt der 24 Jahre alte Wagenstößer Peter Muschiol aus Zaborze, Seriostraße, aus und kam so unglücklich unter die Schiebebühne zu liegen, daß er schwere Verletzungen am Unterleib davontrug und ihm die Beine zerquetscht wurden. Zwei Stunden später starb der Verunglückte im Knappschaftslazarett, wohin man ihn sofort transportiert hatte.

Betriebsversammlung.

Aronwerke, Schweidnitz.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

In der ziemlich gut besuchten Betriebsversammlung der Aronwerke, welche in der „Stadt Reichenbach" stattfand, hielt zunächst der Geschäftsführer des DMV., Genosse Hirsch, ein längeres Referat über den gegenwärtigen Stand der Betriebsrätebewegung. Er wies zunächst auf die Wichtigkeit der Betriebsräte hin und meinte, daß die Betriebsräte nicht nur die betrieblichen Verhältnisse berücksichtigen müßten, sondern über den Rahmen des Betriebes hinaus auch ihr Augenmerk auf die deutsche sowie auf die Weltwirtschaft richten müßten. An eine Verbesserung der Rechte für die Betriebsräte durch das Parlament sei bei der Zusammensetzung des Reichsparlaments nicht zu denken, sondern die Arbeiter müßten sich erweiterte und berechtigte Rechte erst durch Kampf erringen, denn nur diese Rechte sind von Bestand. Es wäre Pflicht für jede Belegschaft, dieses Jahr einen Betriebsrat zu wählen. Pflicht der Betriebsräte sei es, die Belegschaft proletarisch zu vertreten, ebenso ist es aber auch Pflicht, daß sich die Belegschaft hinter den Betriebsrat stellt. Als Betriebsrat soll jeder gewählt werden, welcher gewillt ist, Arbeiterinteressen zu vertreten, unbeschadet seines Parteibuches, aber einmürbe muß der Ruf lauten: hinweg mit dem Betriebsrat, wenn er seine Pflicht gegenüber den Kollegen nicht erfüllt; auch hier darf das Parteibuch keine Rolle spielen.

In der Aussprache zeigte sich, daß man mit den Ausführungen des Genossen Hirsch einverstanden war. Unter Punkt Verschiedenes kamen mehrere große Mißstände zur Aussprache. Es wurden die Garderobe, der Waschraum, was gar kein Waschraum ist, und die Toiletteneinrichtung scharf kritisiert. Hier findet der neugewählte Betriebsrat ein großes Betätigungsfeld von. Genosse Hirsch gab noch die Zusicherung, sollte es dem Betriebsrat nicht gelingen, so wird er die zuständigen behördlichen Stellen darauf aufmerksam machen. Zu verwundern ist nur, daß diese große Firma nicht schon längst solche Mißstände beseitigt hat. Geld genügend muß doch vorhanden sein, wenn man solch großes Antreibersystem besitzt.

Hier sollten sich die Arbeiter klar sein: es ist gleich, ob man unter demokratischer oder deutschnationaler Direktion arbeitet, denn beide sind Kapitalisten und beuten die Arbeiter aus. Wer das erkannt hat, dem wird es auch klar sein, daß wir als Kommunisten nicht für eine Regierung stimmen können, welche sich aus Zentrum, Demokraten und SPD. zusammensetzt, denn diese werden trotzdem nur Interessen des Kapitals vertreten, aber ganz bestimmt nicht Arbeiterinteressen.

Zu begrüßen war es, daß sich an dieser Diskussion über Mißstände im Betriebe auch Frauen beteiligten, ja, die Männer konnten sich sogar ein Beispiel an ihnen nehmen.

Zum Schluß wurde aufgefordert, bei Beerdigung des Reichspräsidenten 5 Minuten Pause eintreten zu lassen. Dagegen wandte sich ein parteiloser Arbeiter, er meinte unter anderem auch sehr richtig: Der ADGB. hat es nicht für notwendig gehalten, bei den 136 Opfern des Bergbaues zu einer Arbeitsruhe aufzurufen, dieses waren unsere Arbeitskollegen, aber Ebert hat ganz bestimmt keine Arbeiterinteressen die letzten Jahre mehr vertreten, wir sehen also die Notwendigkeit nicht

Auf der Suche nach dem Betriebsberichterstatter.

mehr ein, für einen solchen Mann 5 Minuten zu opfern. An den Beifall, welcher dieser Kollege erhielt, war zu sehen, daß er den Kollegen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Es ist unbedingt notwendig von unseren Genossen, sich an der Wahl zu beteiligen, ebenfalls zu versuchen, daß Genossen unsrerseits als Betriebsräte aufgestellt werden.

Denn der erste und letzte Schritt zur Revolution ist die Eroberung der Betriebe.

Betriebsversammlung.

Firma Frümbs & Freudenberg, Schweidnitz.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Hier fand ebenfalls eine Betriebsversammlung statt. Geschäftsführer Genosse Hirsch hielt einen Vortrag über die Bedeutung der Betriebsräte, welche von der Versammlung ohne Diskussion entgegengenommen wurde. Genosse Hirsch weist noch in seinen weiteren Ausführungen darauf hin, es genüge nicht nur, daß die Belegschaft hinter dem Betriebsrat stehe, sondern man brauche die Organisation. Für den Betrieb käme nur der Deutsche Metallarbeiterverband in Frage. Wer mit der Taktik der Organisation nicht einverstanden ist, muß ihr beitreten, und dort Mittel und Wege weisen, wie es möglich ist, so schnell wie möglich die wirtschaftliche Macht zu erobern. Ein Kollege rügte scharf in der Diskussion, daß es der alte Betriebsrat nicht einmal für notwendig gefunden hätte, vollzählig zu erscheinen.

Wählt Kollegen, die bereit sind, die Kollegen so zu vertreten, wie es notwendig ist.

22 Pfennige unter Tarif.

Knochenmühlen AG., Neiße-Neuland.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Bei der Fa. Weigelwerk herrscht eine recht sonderbare Taktik und Manier. Wurden da vor einiger Zeit einige Kupferschmiede eingestellt, welchen 55 Pfennige Stundenlohn versprochen wurde. Bei der Lohnzahlung merkten aber die Kupferschmiede, daß sie von der reichen Firma gewaltig geprellt wurden. Sie erhielten nur 33 Pfennige. Auf Beschwerde erklärte Betriebsleiter Rauch:

33 Pfennige sind Tariflohn!

Komische Manier. Erst verspricht man 55 Pfennige, dann zahlt man nur 33 Pfennige.

Lehren für die Breslauer Metallarbeiter

Von F. Biener.

Ich will eingangs meines Artikels ein Beispiel für die Breslauer Kollegen heranziehen, wie die sozialdemokratische Presse, in Breslau die „Volkswacht", mit Hilfe der Bürokraten vom DMV. Breslau, Lügen in die Welt setzen, um ihren langsamen, doch sicheren Untergang auch hier in Breslau als Barmatpartei zu verschleiern. In den unteren SPD.-Mitgliedern herrscht Mißtrauen gegen ihre Führer. Im Reichsbanner macht sich eine starke Opposition bemerkbar, und die Führer, die ihre Futterkrippen winken sehen, führen seit ein paar Wochen eine verstärkte Hetze gegen die verfluchten Kommunisten, die all ihre Korruptionen ans Tageslicht führen. Die SPD.-Kollegen in den Betrieben, die mit unseren kommunistischen Kollegen an einem Schraubstock stehen, mißbilligen dies, denn sie drückt der Schuh beide gleich. Nur unsere Genossen verstehen es noch nicht, sich richtig verständlich zu machen. Die „Volkswacht" vom 26. Februar bringt eine Notiz mit der Ueberschrift „Der Aufstieg der Kommunisten im Deutschen Metallarbeiterverband". Sie lügt da, wie sie es eben nur noch in Breslau machen kann, wo ein Wiersich noch ungestraft mit der Peitsche regiert.

Sie schreibt: Die kommunistische Liste hätte bei der Generalversammlung am 15. Dezember 1924 nicht 30 Prozent, sondern nur 21,2 Prozent der Stimmen erhalten. Im Jahre vorher 27,1 Prozent. Inzwischen seien die Kommunisten im DMV. noch mehr nach unten gestiegen. Bei der Wahl der ersten Bevollmächtigten erhielten sie von 1263 abgegebenen Stimmen nur 59; das sind 4,7 Prozent.

Was ist richtig?

Bei der Wahl am 15. Dezember erhielten die SPD.-Kandidaten 460—500 Stimmen, die kommunistischen Kandidaten 130—137 Stimmen, das sind im niedrigsten Falle 27,5 Prozent (nicht 21,1 Prozent), im Höchstfalle netto 30 Prozent; also haben wir gegen das Vorjahr 0,4 Prozent, bei 30 Prozent sogar 2,9 Prozent Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Die Kollegen sollen im Mitteilungsblatt vom DMV. nachsehen, ob diese Zahlen stimmen. Bei der Wahl zu den Bevollmächtigten sollen die Kommunisten nur 4,7 Prozent erhalten haben. Hier reiht sich Lüge an Lüge. Erstens haben die Kommunisten nicht 59 Stimmen erhalten, sondern netto 80 Stimmen. Zweitens haben wir keinen Bevollmächtigten aufgestellt, was von vielen nichtkommunistischen Kollegen bedauert wurde. Die Opposition gab die Erklärung ab, daß sie weder für den rechten noch den linken SPD.-Bevollmächtigten stimmen werden. Der linke wird etwas radikalere Phrasen zum besten geben, aber in ihren Handlungen werden sie keinen Unterschied machen (man sieht es ja an dem ehemaligen Unabhängigen Menzel), sie auch keine Verantwortung übernehmen (das würden sie, wenn man für den linken SPD.-Bevollmächtigten gestimmt hätte). Wenn nach einiger Zeit die Kollegen enttäuscht sein werden und gaben aus demonstrativen Gründen die Stimmen für den Kollegen Smolka.

Die „Volkswacht" hat noch nicht in einem einzigen Artikel Stellung dazu genommen, wie es kommt, daß in der Hochburg der SPD die Metallarbeiter die Schlechtbezahltesten im ganzen Reiche sind. Ein paar Zahlen will ich nur anführen und zwar für den bestbezahlteste Metallarbeiter Breslaus. Die Stundenlöhne für das Rohrlegergewerbe betragen:

für Monteure über 24 Jahre	0,80 ℳ
für Monteure unter 24 Jahren	0,68 „
im ersten Gesellenjahr	0,56 „
im zweiten Gesellenjahr	0,61 „
Arbeiter über 24 Jahre (verh.)	0,66 „
Arbeiter über 24 Jahre (ledig)	0,62 „

Dem gegenüber betragen die Löhne der Berliner Rohrleger vom 25. Februar 1925:

Rohrleger	1,10 ℳ
Junggeselle (ehemaliger Helfer)	1,07 „
Lehrlinge	1,05 „
Helfer	0,92 „
Jugendliche im 1. Gesellenjahr	0,86 „
Jugendliche im 2. Gesellenjahr	0,95 „

Festgehalten muß dabei werden, daß man in der letzten Stadtverordnetenversammlung sich damit beschäftigt hat, Breslau in die höchste Ortsklasse zu bringen, weil die Lebenshaltungen an die teuersten Großstädte Deutschlands heranreicht. Auch der ehemalige 1. Bevollmächtigte vom DMV. mußte in einer Branchenversammlung die Feststellung machen, daß außer Königsberg die Heizungsmonteure Breslaus die Schlechtbezahltesten im Reiche sind. Er scheute sich nur, zu sagen „alle Breslauer Metallarbeiter". Wenn die Breslauer Metallarbeiter 3 Pfennige darüber wünschen, kann es noch nachgeholt werden. Bei den jetzigen Lohnverhandlungen in der Metallindustrie, lehnte das Unternehmertum wieder jegliche Lohnerhöhung ab. Warum? Sie wissen genau, daß sie in dem Breslauer Metallarbeiter keinen ernstlichen Gegner haben. Darum wird jeder Metallarbeiter bald mit sich zu Gericht gehen müssen, ob es nicht besser ist, einen Kampf zu kämpfen mit noch so großen Opfern oder langsames Dahinsiechen mit Frau und Kind.

Eure Aufgaben sind: Treter restlos ein in die freigewerkschaftlichen Organisationen! Kämpft dort mit der Opposition um eine klassenbewußte Führung! Kämpft um Euer Stück Brot!

Wozu Verbandsgelder verwandt werden.

Verband der Kupferschmiede, Ortsgr. Neiße.

Obengenannter Verband hat seine Mitglieder für Sonnabend, 7. März zu einem Herrenabend eingeladen. Von der Filialkasse wurden zu diesem Abend zum Freisaufen 30 Mark bewilligt. Bemerken möchten wir noch, daß die Ortsleitung aus Sozialdemokraten besteht. Fürwahr echt sozialdemokratische Taktik. Statt Kampf Einlullen der Arbeiter durch Freisaufen und ähnlichen Klimbim. Kupferschmiede zeigt, daß Ihr Eure Gewerkschaft nicht zum Klimbimverein herabsinken lassen wollt, sondern jagt den sozialdemokratischen Vorstand, vor allem den Vorsitzenden Hermann zum Teufel, und macht aus Eurer Gewerkschaft wieder eine Kampforganisation. J.

Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Lenin über individuellen Terror.

Aus der Rede Lenins auf dem Kongreß der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei 4. und 5. November 1916. — Die Rede wurde von Lenin in deutscher Sprache gehalten und ist im „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages 4. und 5. November 1916" Seite 12 bis 20 abgedruckt. Nachstehendes Zitat ist dem Bande Nr. 13 der Gesammelten Werke Lenins Seite 307 bis 308, Staatsverlag Moskau 1924, entnommen.

Wir haben noch keinerlei Nachrichten von den österreichischen revolutionären Sozialdemokraten, die es auch dort gibt; die letzten Nachrichten sind gleichfalls überaus dürftig. Infolgedessen wissen wir nicht, ob die Ermordung Stürgkhs durch den Genossen Fritz Adler eine Anwendungsart des Terrors als einer Taktik sich darstellt, die in der systematischen organisierten Begehung politischer Morde ohne Zusammenhang mit dem revolutionären Kampf der Massen besteht, oder ob diese Ermordung einen Einzelfall im Prozeß des Ueberganges von der opportunistischen unsozialistischen Taktik der auf dem Standpunkt der Vaterlandsverteidigung stehenden offiziellen österreichischen Sozialdemokraten zur Taktik der revolutionären Massenhandlung darstellt. Diese zweite Annahme scheint aber den Umständen zu entsprechen, weshalb denn auch die auf Beschluß der Zentrale der italienischen Partei beantragte und im „Avanti" vom 29. Oktober veröffentlichte Begrüßung an die Adresse Fritz Adlers volle Sympathie verdient.

Jedenfalls sind wir überzeugt, daß die Erfahrungen der Revolution und der Konterrevolution in Rußland die Richtigkeit des seit 20 Jahren andauernden Kampfes unserer Partei gegen den Terror als Taktik bestätigt haben. Es darf nicht vergessen werden, daß dieser Kampf geführt wurde im engsten Zusammenhang mit dem schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus, der zur Ablehnung jeglicher Anwendung von Gewalt seitens der unterdrückten Klassen gegen die Unterdrücker neigt. Wir sind stets für die Anwendung der Gewalt sowohl im Massenkampfe als auch im Zusammenhang mit diesem Kampfe eingetreten.

Zweitens haben wir den Kampf gegen den Terror mit der langjährigen Propaganda des bewaffneten Aufstandes verbunden — einer Propaganda, die noch vor Dezember 1905 eingesetzt hat. Im bewaffneten Aufstand erblicken wir nicht nur die beste Antwort des Proletariats auf die Politik der Regierung, sondern auch das unvermeidliche Resultat der Entwicklung des Klassenkampfes auf dem Wege zum Sozialismus und der Demokratie.

Drittens: Wir begnügten uns nicht mit der prinzipiellen Anerkennung der gewaltsamen Methoden und der Propaganda des bewaffneten Aufstandes. So unterstützten wir z. B. vier Jahre vor der Revolution die Anwendung von Gewalt seitens der Massen gegen ihre Unterdrücker, besonders in der Zeit von Straßendemonstrationen. Wir strebten dahin, daß sich das gesamte Land die Lehre einer jeden einzelnen dieser Demonstrationen aneignet.

Wir dachten immer öfter nach über die Organisation einer disziplinierten und systematischen Gegenaktion der Massen gegen Polizei und Armee, über die Gewinnung eines möglichst großen Teiles der Armee vermittels dieser Gegenaktion für den Kampf zwischen Proletariat und Regierung, über die Miteinbeziehung der Bauernschaft und der Armee zur bewußten Teilnahme an diesem Kampf. Das war jene Taktik, die wir anwandten im Kampfe gegen den Terror und die nach unserer tiefen Ueberzeugung von Erfolg gekrönt sein wird.

„Die Partei der Gewaltlosigkeit."

Von K. A. Wittfogel.

1. Spaß muß sein!

Die Sozialdemokraten sind bisweilen Spaßvögel. Eine der scherzhaftesten Bemerkungen, die je ein Mitglied dieser ehrenwerten Partei von sich gegeben hat, stammt aus dem Munde eines ihrer edelsten Kämpen, aus dem Munde Wilhelm Dittmanns. In einem gegen die Kommunisten gerichteten „Vorwärts"-Artikel stellt er kürzlich die ebenso wohllautende wie verblüffende Behauptung auf, seine Partei, die SPD., sei „die Partei der Gewaltlosigkeit". Dittmann wird uns erlauben, mit ein paar Tatsachenfeststellungen den Wert seines Ausspruches — und den Wert aller ähnlichen Aussprüche im Munde von seinesgleichen — festzustellen.

2. Das alte marxistische Programm.

In früheren Tagen ist ja die SPD. einmal eine Partei gewesen, die sich offiziell zu den Ideen von Marx und Engels bekannte. Wie aber war es doch nach den Anschauungen der beiden Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus mit der Frage der Gewalt bestellt?

Marx und Engels sind immer entschieden eingetreten für die Gewalt im Dienste der proletarischen Revolution. Es ergibt sich dies mit Notwendigkeit aus ihrer Theorie des historischen Materialismus, nach der die alten politischen Formen, die mit den neuentstandenen ökonomischen Verhältnissen unvereinbar geworden sind, „gesprengt" werden müssen. Diese „Sprengung" ist aber, bei dem notwendig unnachgiebigen Charakter der Ausbeuterklasse, schlechterdings nur auf dem Wege der Gewalt durchführbar.

Daher erklärt das Kommunistische Manifest, daß die Ziele des Kommunismus „nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen". Daher sagen Marx und Engels in ihrer Ansprache an den Bund der Kommunisten 1850, daß bei den bevorstehenden „blutigen Konflikten" mit dem Feudalismus die Proleten den Sieg werden zu erkämpfen haben und daß nach dem Siege zur Erkämpfung der proletarischen Diktatur „die Arbeiter bewaffnet und organisiert sein" müssen. Daher nennt Marx — nun schon der „alte" Marx — in seinem „Kapital" die Gewalt den „Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht". Daher konstatiert derselbe „alte" Marx im selben „Kapital", daß „in der wirklichen Geschichte ... Gewalt die große Rolle" spiele. Deshalb erklärt der nun ebenfalls „alte" Engels 1875 den revolutionären Arbeiterstaat als „eine vorübergehende Einrichtung ..., um seinen Gegner gewaltsam niederzuhalten". Deshalb ... doch genug mit dieser Aufzählung, die wir leicht noch sehr viel weiter fortführen könnten! Aus unseren Beispielen ergibt sich klar, wie jene Männer, auf die sich bis zum Kriege die deutsche Sozialdemokratie als ihre geistigen Väter berufen hat, über die Frage der Gewalt gedacht haben.

3. Die große Schwenkung.

Der Marxismus (und seine gegenwärtige Form, der Leninismus) hält also, nicht aus blutdürstiger Laune, sondern aus Einsicht in das Wesen der geschichtlichen Entwicklungsgesetze, die revolutionäre Gewalt für unvermeidlich, für politisch notwendig und für einen zentralen Programmpunkt der ganzen revolutionären Arbeiterbewegung überhaupt. Arbeiterpolitiker, die sich der Bourgeoisie unterordnen, müssen natürlich die Gewalt in diesem, dem revolutionär-proletarischen Sinne fallen lassen. Sie werden anstatt dessen beginnen, die Gewalttaten der Bourgeoisie — in imperialistischen Kriegen und gegen die revolutionären Arbeiter — zu unterstützen. Ge[illegible] nun die verflossene Sozialdemokratie Punkt für Punkt getan.

Schon vor dem Kriege, 1907, hielt Noske im Reichstage zum Heeresetat eine Rede, deren „Kriegervereinston" Karl Liebknecht sofort brandmarkte. Um die gleiche Zeit begannen auswärtige sozialdemokratische Parteien sich über die Lauheit der SPD. in ihrer Propaganda gegen den drohenden imperialistischen Krieg (Marokko usw.) zu beschweren. 1913 bewilligte die Partei, sehr pazifistisch, das Militärbudget. 1914 ... nun ja, was 1914 kam, ist allgemein bekannt.

Damals schwelgte die SPD. in Gewaltpropaganda, selber in der Propaganda für die Gewalttaten der Bourgeoisie! Sie „machten wahr", sie „hielten durch", sie wollten annektieren. Am 2. April 1916 lag dem Reichstage ein Antrag für den unbeschränkten U-Bootskrieg vor, den neben dem konservativen Grafen Westarp auch ein Mitglied der „Partei der Gewaltlosigkeit", Herr Philipp Scheidemann, unterzeichnet hatte. Pazifismus, wohin wir blicken!

4. Von Noske bis Schützinger.

Wir sahen also, daß die „alte" Partei ihre Prinzipien nicht insofern gewechselt hat, daß sie einst für Gewalt gewesen wäre, jetzt aber dagegen; sondern nur so, daß sie einst die Gewalt für die Durchsetzung proletarischer Interessen bejahte, und daß sie jetzt die Gewalt nur im Interesse der Ausbeuterklasse für berechtigt und unterstützenswert hält.

Die Aera Noske hat das dann bis zur letzten verbrecherischen Konsequenz zu Ende geführt. Der blutige Gustav nahm es auf sich, „als Bluthund durch die Geschichte geschleift zu werden". Severing, Hörsing, der Sachsen-Müller — sie alle beweisen in Wort und Tat, daß „die Partei der Gewaltlosigkeit" ihre neue Aufgabe voll begriffen hat, Spezialisten der Gegenrevolution unter Anwendung aller Mittel zu sein. Der Polizeihauptmann und Edelmensch Schützinger, das „hehre" Vorbild der Reichsbannerjugend, hat die Praxis seiner würdigen Partei auch „theoretisch" niedergelegt. Sein im Verlage Oldenburg-Leipzig erschienenes Buch über den „Bürgerkrieg" gibt ausführliche technische Anweisungen, wie ein Aufstand revolutionärer Arbeiter gewaltsam niederzuwerfen (Pardon: „niederzubeugen!") ist.

Dieser „pazifistischen" Innenpolitik entspricht eine gleichartige außenpolitische Haltung. Die Menschewiki schürten die gewaltsame Gegenrevolution in Georgien. Macdonald läßt, mit zynisch offener Gewalt, in Mesopotamien und Indien Eingeborenenstämme bombardieren, im Sudan blutige Erschießungen vornehmen. Auf dem „pazifistischen" Operettenkongreß im Haag 1922 erklärten alle Parteien der „Internationale der Gewaltlosigkeit", daß sie im Notfalle bei neuen Kriegen wieder ihr „Vaterland" — lies: ihre Bourgoisie — verteidigen werden.

5. Die Partei der eisernen Stirn.

Nach all diesen Tatsachen, die jedem prominenten Sozialdemokraten vollauf bekannt sind, gehört eine eiserne Stirn dazu, sich heute noch als „Partei der Gewaltlosigkeit" zu bezeichnen.

Die Kommunistische Partei unterscheidet sich von der Sozialdemokratie nicht dadurch, daß letztere Partei „friedlich", die KPD. aber „gewalttätig" ist. Beide Parteien sind, abstrakt gesprochen, „für Gewalt". Der Unterschied besteht „nur" darin, daß die Kommunisten die Gewalt bejahen zum Zwecke des Sturzes der Bourgeoisie und damit zur Schaffung von Zuständen, in denen, nach einer Periode der Diktatur, die Gewaltanwendung überflüssig werden wird; während die Sozialdemokraten die Gewalt bejahen zum Zwecke der Aufrechterhaltung des imperialistisch-kapitalistischen Systems und damit, nach ihrem Willen, zur Verewigung der Gewaltherrschaft der Bourgeoisie. Womit sich in den Augen jedes klassenbewußten Arbeiters die „Partei der Gewaltlosigkeit" ihr Todesurteil gesprochen hat.

Die Witwe des Steinklopfers.

Von Jean Pottier.

Aus dem Französischen übersetzt von Walter Mehring. Malik-Bücherei, Band 1.)

Nun ist er tot, ihn zu begleiten
Wie schuf ich's, trug ich nicht ein Kind,
Doch fühl ich's sich in mir bereiten,
Noch ist es für sein Schicksal blind.

Acht lange Jahre Steine klopfen,
Jetzt starb er aus der Arbeit fort!
Ich seh das Blut noch von ihm tropfen,
Ich höre noch sein letztes Wort.
Er sprach zu mir schon im Erblassen:
— Wie ging sein armer Atem schwer —
Dich mit dem Kind allein zu lassen,
Du hast nichts als die Tränen mehr!

Welch Glücksfall: lieben, Mutter werden!
Wie möcht ich mich dagegen wehr'n,
Um nicht in Elend und Beschwerden
Noch einen Menschen zu gebär'n.
Wir waren damals wie besessen,
Frühling .... wir liefen querfeldein,
Man kehrt zurück .... hat sich vergessen!
Wir Armen sind ja nicht aus Stein!

Wenn's nur nicht eine Tochter wäre,
Der Frauen Los ist eisige Not.
Zu Haus mit Nadel und mit Schere
Hat meine Schwester kaum ihr Brot;
Die andre? .... Das ist erst ein Elend!
Die lebt, wenn sie sich Kerle fing!
Das Auge matt, in Sorge quälend!
Wie blühte sie einst als junges Ding!

Oh, trüg ich einen solchen Knaben,
Man sagt, sie hätten einen Tick,
Weil sie den Mut zur Wahrheit haben
Und träumen von der Menschheit Glück.
Doch diese werden krumm geschlossen,
Für Freiheitsrechte schlägt ihr Herz.
Sie werden auf der Flucht erschossen;
Mein Vater auch im blutigen März.

Ich will als arme Witwe schneidern,
Mein Kind erziehen! Welcher Hohn!
Das Geld verdienen zu den Kleidern,
Tagtäglich fällt ja unser Lohn!
Oft glaube ich mich schon von Sinnen,
Als hätt' ich mich in Nacht verirrt,
Und denke, geh ich so von hinnen,
[illegible] dem Findelkind dann wird!

Nun ist er tot, ihn zu begleiten
Wie schuf ich's, trug ich nicht ein Kind,
Doch fühl ich's sich in mir bereiten,
Noch ist es für sein Schicksal blind.

Die Umschichtung der europäischen Vermögen.*)

Das Buch des Wirtschaftlers der „Weltbühne", Morus, stellt sich zur Aufgabe, die tiefe soziale Umwälzung in Europa nach dem Kriege, soweit sie in der mit der Geldentwertung verbundenen Vermögensumschichtung zum Ausdruck kommt, zu beschreiben. Das ist dem Verfasser durchaus gelungen. In leicht faßlicher Sprache geschrieben, mit einem ausführlichen Namenregister versehen, orientiert das Werk auch den kommunistischen Funktionär, der sich über die verwirrenden Konzernverflechtungen der Nachkriegszeit, die dunklen Börsenschiebungen, die zur Entstehung der neuen Vermögen führen, unterrichten will, schnell über das Wissenswerte.

Dabei beschränkt es sich nicht nur auf Deutschland. Nur etwa die Hälfte des Buches ist den Heldentaten von H. Stinnes, Stumm, Michael, Herzfeld und wie sie alle heißen, die an der Börse aus dem Mark der Werktätigen viele Jahre hindurch sich mästeten, gewidmet. Neben ihnen passieren Revue die Castiglioni und Bosel in Oesterreich, Korfanty in Polen, die Schneider und Loucheur in Frankreich, die Petschek aus Böhmen, der englische Seifenkönig Leverhulme, die italienischen Kriegsgewinnler und Nachkriegsbankrotteure: es ist eine chronique scandaleuse der europäischen Finanz- und Industriemagnaten, der Glücksritter vom alten und neuen Finanzadel aus der Zeit nach dem Kriege.

Ueber den Vorzügen sollen die Grenzen und Schwächen des Buches nicht verkannt werden.

Der Verfasser sieht die Vermögensumschichtung allein von dem Gesichtspunkt der Geldentwertung. Sie ist ihm allein wirkende Ursache der Umwälzung. Er versteht nicht, daß die Geldentwertung, das Mittel zur Vermögensverschiebung und Konzernaufblähung, selbst nur eine Erscheinungsform viel tiefer gehender Zersetzungserscheinungen im europäischen, vom Weltkrieg in seinen Grundlagen erschütterten Kapitalismus ist. Zum Teil mag dies Nichtsehen tieferer Zusammenhänge darin begründet sein, daß die Geldtheorie des Verfassers unzulänglich ist. Sobald Morus — glücklicherweise nur selten — vom Wesen des Geldes und den Ursachen der Geldentwertung spricht, versandet er in seichtesten Quantitätsvorstellungen: Das Geld hat deshalb und dann Wert, weil und wenn es selten ist; der Seltenheitswert verschwindet, wenn der Staat zu viel Geld macht.

Aus dieser primitiven Geldvorstellung erklärt es sich auch, daß der Verfasser der seltsamen Auffassung huldigt, Deutschland habe aus „eigener Kraft" die Mark stabilisiert. Er sieht nicht, daß schon wenige Wochen nach der Einstellung der Notenpresse, für die Quantitätstheorie von Morus das entscheidende Ereignis, die Golddiskontbank die Mark auf das englische Pfund stützte, und daß im April 1924 ohne diese Stützung die Rentenmark zusammengebrochen wäre. Er sieht nicht, daß die endgültige Stabilisierung der Mark durch den Dawes-Pakt die Kolonisierung Deutschlands und damit die Vollendung der großen Vermögensumschichtung bedeutet, indem sie die Inflationsgewinnler, die Stinnes u. Co., die jetzt in Amerika um Dollar betteln, in commis interessés der amerikanischen Großkapitalisten verwandelt. Vom Dawes-Pakt, diesem entscheidenden, Versailles ergänzenden und liquidierenden Abkommen zur Versklavung Deutschlands und Europas, steht im ganzen Buch kein Wort.

Die andere Schwäche ist die, daß Morus, der die verhängnisvolle Wirkung der Geldentwertung auf den Mittelstand begreift, nichts von der Geldentwertung auf die Arbeiterklasse sagt. Gerade indem sie die Arbeiterlöhne immer mehr reduzierte, machte sie das deutsche Kapital im Valutadumping konkurrenzfähig und schuf damit die Grundlage eben der Erscheinungen, deren Beschreibung das Buch gewidmet ist: der Konzernblüte. Bis die Arbeiter, bis zum letzten ausgeplündert und ausgehungert, im Cuno-Streik dem ganzen Schwindel ein Ende machten und die Bourgeoisie zur Stabilisierung zwangen, die freilich, weil das Proletariat versäumte, die politischen Konsequenzen seiner August-Auflehnung zu ziehen, auf seine Kosten geschah.

Die letzten großen Skandale, Seehandlung, Barmat, Kutisker, Ruhrkredite und 715-Millionengeschenk fehlen, weil das Buch nur bis etwa Mitte 1924 geht. Hier ist eine reiche Ernte für die zweite Auflage.

Mit seinen Schlußfolgerungen hat Morus durchaus recht: die Vermögensumschichtung hat wohl die Eigentümer der Vermögen geändert, hat aber keine neuen Vermögen geschaffen. Die soziale Revolution der Geldentwertung hat zwar den Boden umgepflügt. Aus den Furchen ist aber keine neue Saat, sondern nur furchtbares Massenelend entsprossen.

Mit einer Ausnahme, die auch Morus anerkennt: Sowjet-Rußland. Mit bemerkenswerter Unparteilichkeit urteilt Morus, daß, was „von Sowjetrußland geleistet wurde, zu den gigantischsten Taten der Geschichte gehört". Geldentwertung und Stabilisierung, die Vermögensverschiebungen wurden in Sowjetrußland nicht der Anlaß zur Bildung neuer Riesenvermögen einzelner Konzernmagnaten und Börsenschieber auf Kosten der Werktätigen, sondern ein Mittel zur Enteignung der kapitalistischen Produktionsmittel und zur Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse.

So wird dieses Buch eines Bürgerlichen schließlich zur Anklage gegen den sozialdemokratischen Verrat in Deutschland, gegen sozialdemokratische Minister, die sorgsam der Hohenzollern Vermögen schützten, während das Volk darbte. Es wird zur Mahnung an alle Werktätigen, heute die Revolution zu organisieren, damit morgen die Stunde ein tatbereites und seiner Aufgabe gewachsenes Geschlecht findet.

E. Ludwig.

*) Richard Lewinsohn (Morus): „Die Umschichtung der europäischen Vermögen", Berlin 1925. S. Fischer. 356 S.

Weiteres zur Sonnenkraftmaschine.

Der Gedanke, die Sonnenstrahlen, die in der Natur so Gewaltiges leisten, auch technisch zu verwerten, ist schon alt. Es sei daran erinnert, daß bereits im alten Aegypten von den Priestern zum selbsttätigen Oeffnen der Tempeltüren Wassersäulen verwendet wurden, die, von den Sonnenstrahlen erwärmt, sich ausdehnten, und dadurch die Tempeltüren bewegten. Damals ein Wunder für das Volk, ein technischer Trick für die Eingeweihten! Auch sonst kamen im Altertum und im Mittelalter mancherlei maschinelle Einrichtungen auf, die durch die Kraft der Sonnenstrahlen bewegt werden konnten.

In Aegypten, Algier und Kalifornien sind mit großen Kosten auch schon Sonnenmaschinen aufgestellt, die hauptsächlich zum Wasserpumpen für Landbewässerung verwendet werden. In Mexiko arbeiten bereits kleine Sonnenmaschinen für Warmwasserbereitung.

Eine englische Gesellschaft „Sunpower Co. Ltd." wurde 1912 in London mit sehr großem Kapital begründet. Sie hat nach den Plänen des Ingenieurs Shumann eine große Sonnenkraftmaschine südlich von Kairo, bei der Station Maadi, mit 50 P.S. (Pferdekräften) wirklichem Nutzeffekt aufgestellt. Sunpower Co. ist im letzten Kriege zerstört worden; sie hat in zehnstündiger Arbeit ein 200 Hektar großes Baumwollenland erfolgreich bewässert, ein Beweis dafür, daß Sonnenkraftmaschinen wirklich technische Leistungen vollbringen können.